

In der aufgeregten Debatte über Historiker im Nationalsozialismus hat man sich bisher vor allem auf personelle und institutionelle Kontinuitäten zwischen Weimar und dem Dritten Reich konzentriert und die Mitwirkung einzelner Gelehrter an der Vorbereitung des Holocausts thematisiert; was „Ostforschung“ praktisch bedeutete und welche fatalen Konsequenzen sie haben konnte, war dagegen kein Thema. Andreas Kossert schließt diese Lücke, und zwar am Beispiel Masurens, wo die mehrheitlich polnischsprachige slawische Bevölkerung schon seit dem Kaiserreich beträchtlichem Assimilierungsdruck ausgesetzt war, der nach dem Ersten Weltkrieg weiter zunahm und nach 1933 in eine aggressive Germanisierungspolitik umschlug. Sie wurde unter massiver Mithilfe von Wissenschaftlern ins Werk gesetzt. In Masuren, so lautete das Ziel, sollten alle polnisch-slawischen Spuren ein für alle Mal beseitigt werden.

Andreas Kossert

„Grenzlandpolitik“ und Ostforschung an der Peripherie des Reiches

Das ostpreußische Masuren 1919–1945

Einleitung

Das südliche Ostpreußen – Masuren – bildete mit seiner herben, ursprünglichen Natur einen elementaren Bestandteil des deutschen Mythos Ostpreußen. Hier, an der Grenze zum slawisch-baltischen Kulturraum, im „Land der dunklen Wälder und kristallinen Seen“ – wie es im Ostpreußenlied hieß –, im äußersten Osten des Reiches lag ein Faszinosum deutscher Geschichte des 20. Jahrhunderts, das spätestens nach dem Ersten Weltkrieg die deutsche Öffentlichkeit in seinen Bann zog. Mit dem Untergang des Deutschen Reiches entschwand Masuren nach 1945 zunehmend aus dem deutschen Blickfeld. Lediglich Siegfried Lenz lieferte mit seinen Masurischen Geschichten „So zärtlich war Suleyken“ und dem Roman „Heimatmuseum“ einen literarisch weithin vernehmbaren Abgesang auf diese versunkene Welt.

Durch seine spezifische ethnische Struktur spielte Masuren nach 1918 eine besondere Rolle als „Grenzland“ im deutsch-polnischen Konflikt. Als Kernbestandteil Altpreußens hatte das südliche Ostpreußen territorial nie zu Polen gehört, es hatte aber eine mehrheitlich polnischsprachige Bevölkerung, die durch ihren Protestantismus allerdings jahrhundertlang in engster loyaler Einheit mit dem Gesamtstaat Preußen stand. Nach dem Ersten Weltkrieg bot sich hier ein wissenschaftliches Experimentierfeld für die praktische Anwendung der Thesen aus der „Volks- und Kulturbodentheorie“.

Seit dem 42. Historikertag in Frankfurt am Main im Herbst 1998 findet das Thema „Deutsche Historiker im Nationalsozialismus“ eine breite öffentliche Rezeption. Nachdem der mitunter hitzigen Debatte die Emotionalität entzogen

VfZ 2/2003 © Oldenbourg 2003

und sie aus den Feuilletons wieder in die Forschung zurückverwiesen wurde, setzt eine Versachlichung ein. Die Kernfrage des gesamten Forschungsspektrums bezieht sich auf den Grad der politischen Funktionalisierung der Historiker und die geistig-kulturellen Ursachen ihres Engagements nach dem verlorenen Ersten Weltkrieg. Nach den Gebietsabtretungen wurde über alle Parteigrenzen hinweg die Forderung nach umfassenden Grenzrevisionen laut, überall blühte ein verstärktes Interesse für die gemischtethnischen Grenzregionen des Reiches sowie die deutschen Minderheiten, die außerhalb Deutschlands lebten.

Bei der Analyse der Literatur zur Ostforschung fällt deren bisweilen polemische Zuspitzung auf prominente Persönlichkeiten auf, eine Untersuchung konkreter regionaler Beispiele blieb jedoch bislang aus. Das Interesse konzentrierte sich vor allem auf die Beteiligung einzelner Historiker an der Vorbereitung der Vernichtung der europäischen Juden, während die Genese der „Ostforschung“ als Erforschung der gemischtethnischen Zonen und „Inseln deutschen Volkstums“ in Ostmitteleuropa kaum zur Sprache kam. Dabei waren seit den zwanziger Jahren zahlreiche Regionen in das Blickfeld der Forschung geraten. Neben dem hier zu behandelnden Masuren existierten gemischtethnische Gebiete im südlichen Ermland, im nordöstlichen Ostpreußen, in Hinterpommern, in der Ober- und Niederlausitz sowie in Oberschlesien. Jenseits der Reichsgrenzen gab es ferner die Kaschuben nördlich und westlich von Danzig sowie die evangelischen Polen im südlichen Teil der ehemaligen Provinz Posen sowie die gemischtethnischen Regionen im Westen, wie etwa Nordschleswig, Friesland oder das Elsaß. Doch entfaltete die „Westforschung“ im Vergleich zur „Ostforschung“ nach 1933 ungleich geringere politische Wirkungen¹.

Masuren, als ethnisch gemischtes Gebiet auf das engste mit der deutschen und polnischen Kultur verbunden, lieferte dem Theorem der „Volks- und Kulturbodenforschung“ der Weimarer Republik ein praktisches wissenschaftliches Betätigungsfeld. Die leitende Frage ist, inwieweit am regionalen Beispiel qualitative Unterschiede vor und nach 1933 sichtbar werden. Dabei muß besonders untersucht werden, ob sich das Wissenschaftsverständnis geändert hat und inwiefern nach 1933 ein totalitäres Regime neue Wege in der Umsetzung der Germanisierungspolitik suchte.

Aufgabe und Ziel dieser Studie ist es, die praktische Implementierung wissenschaftlicher Theorien und ihrer Konsequenzen in einer Region zu veranschaulichen und damit einen Beitrag zur gegenwärtigen Diskussion über die Funktionalisierung und aktive Partizipation der deutschen Wissenschaft am Nationalsozialismus zu leisten. Enthüllende biographische Novitäten sind dabei ebenso wenig zu erwarten wie grundlegende theoretische Neuansätze. Vielmehr soll am Beispiel Masuren gezeigt werden, wie in bestimmten Forschungskonzeptionen seit 1918 politische Argumente eingeführt wurden, die schließlich auch funktionalisiert werden konnten. Es geht also um die Beweggründe, ideologischen Modelle sowie

¹ Vgl. dazu vor allem Peter Schöttler, Von der rheinischen Landesgeschichte zur nazistischen Volksgeschichte oder Die „unhörbare Stimme des Blutes“, in: Winfried Schulze/Otto Gerhard Oexle (Hrsg.), Deutsche Historiker im Nationalsozialismus, Frankfurt a.M. 1999, S. 89–113.

ihre konkreten Konsequenzen vor und nach 1933. Wissenschaft stand damals allein unter dem Banner der Legitimationsforschung, die vermeintliche nationale Besitzstände reklamierte und festschrieb. Ein klares Freund-Feind-Schema erlaubte – wie Peter Schöttler feststellte – nur zwei Optionen: Staatsräson oder Subversion, Nationalismus oder Defätismus. Diese absurden ideologischen Alternativen waren derart prägend, daß sich ihnen kaum ein deutscher Wissenschaftler entziehen konnte². Was in der Weimarer Republik begann, setzte sich mit veränderten ideologischen Koordinaten nach 1933 fort³.

Durch die personelle und, gerade im Bereich der deutschen Osteuropafor- schung, auch konzeptionelle Kontinuität war Selbstkritik der unmittelbar an den Geschehnissen beteiligten Historiker nach 1945 kaum zu erwarten. Eine Beschäftigung mit der Geschichte der eigenen Zunft setzte in verstärktem Maß erst nach der Änderung des politischen Koordinatensystems in Mitteleuropa nach 1989 ein⁴. Ihren Höhepunkt erreichte dieser Trend auf dem bereits erwähnten Historikertag 1998, in dessen Umfeld zahlreiche neue Forschungen entstanden⁵. In einem Sammelband faßten Winfried Schulze und Otto Gerhard Oexle den Stand der Forschungen Ende 1999 zusammen⁶. Besonders bedeutsam erwies sich die

² Peter Schöttler, Einleitende Bemerkungen, in: Ders. (Hrsg.), *Geschichtsschreibung als Legitimationswissenschaft 1918–1945*, Frankfurt a. M. 1997, S. 7.

³ Vgl. zur Politisierung der Ostforschung auch Hans-Erich Volkmann, *Historiker im Banne der Vergangenheit. Volksgeschichte und Kulturbodenforschung zwischen Versailles und Kaltem Krieg*, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 49 (2001), S. 5–12, hier S. 8.

⁴ Vgl. zur Frühphase der Studien zur „Ostforschung“ Eduard Mühle, „Ostforschung“. Beobachtungen zu Aufstieg und Niedergang eines geschichtswissenschaftlichen Paradigmas, in: *Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung* 46 (1997), S. 317–350; Christoph Kleßmann, *Osteuropa- forschung und Lebensraumpolitik im Dritten Reich*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B 7/1984, S. 33–45. Vor allem das 1988 erschienene Buch von Michael Burleigh, *Germany Turns Eastwards. A Study of Ostforschung in the Third Reich*, Cambridge/New York 1988, belebte die Debatte. Vgl. des weiteren Götz Aly/Susanne Heim, *Vordenker der Vernichtung. Auschwitz und die deutschen Pläne für eine neue europäische Ordnung*, Hamburg 1991. Bereits in den siebziger Jahren befaßte sich die polnische Historiographie mit der Rolle der „Ostforschung“ in der antipolnischen Propaganda. Vgl. u. a. Karol Fiedor, *Bund Deutscher Osten w systemie antypolskiej propagandy*, Warschau/Breslau 1977.

⁵ Vgl. Ingo Haar, *Historiker im Nationalsozialismus. Deutsche Geschichtswissenschaft und der „Volkstumskampf“ im Osten*, Göttingen 2000. Vgl. auch Götz Aly, *Macht – Geist – Wahn. Kontinuitäten deutschen Denkens*, Berlin 1997; ders., „Daß uns Blut zu Gold werde“. Theodor Schieder. Propagandist des Dritten Reiches, in: *Menora. Jahrbuch für deutsch-jüdische Geschichte* 1998, S. 13–27, dessen Thesen neben Ingo Haars die heftigste Kontroverse auslösten. Einen unkritischen apologetischen Ansatz vertritt Martin Burkert, wodurch seine Darstellung keine neuen Erkenntnisse birgt. Vgl. Martin Burkert, *Die Ostwissenschaften im Dritten Reich. Teil I: Zwischen Verbot und Duldung. Die schwierige Gratwanderung der Ostwissenschaften zwischen 1933 und 1939*, Wiesbaden 2000.

⁶ Vgl. Schulze/Oexle (Hrsg.), *Deutsche Historiker im Nationalsozialismus. Darin vor allem für diese Studie von Bedeutung: Götz Aly, Theodor Schieder, Werner Conze oder Die Vorstufen der physischen Vernichtung*, S. 163–182, Wolfgang J. Mommsen, *Vom „Volkstumskampf“ zur nationalsozialistischen Vernichtungspolitik in Osteuropa. Zur Rolle der deutschen Historiker unter dem Nationalsozialismus*, S. 183–214, und Ingo Haar, „Kämpfende Wissenschaft“. Entstehung und Niedergang der völkischen Wissenschaft im Wechsel der Systeme, S. 215–240.

Studie von Michael Fahlbusch über die „Volksdeutschen Forschungsgemeinschaften 1931–1945“⁷, aber auch Untersuchungen über regionale Zentren der „Ostforschung“ erzielten verstärkte Aufmerksamkeit⁸. Doch hier dominierten vorwiegend historiographiegeschichtliche Arbeiten sowie terminologische Begriffsklärungen, während die praktische Umsetzung der Forschungen in Ostmitteleuropa vernachlässigt wurde.

Forschungen über Ostpreußen stehen noch am Anfang – und zwar für die Weimarer Jahre ebenso wie für den Nationalsozialismus. Bis in die achtziger Jahre hinein herrschten Darstellungen vor, die die Zeit zwischen 1933 und 1945 schlicht als eines der vielen Kapitel ostpreußischer Verwaltungsgeschichte abhandelten⁹. Der 1933 einsetzende Terror mit seinen verheerenden Konsequenzen für die Minderheiten in der Provinz wurde geflissentlich ignoriert. Einen gewissen Fortschritt markierten die Studien von Gerhard Reifferscheid mit dem Schwerpunkt auf dem katholischen Ermland¹⁰, in denen die NS-Zeit nicht ausgeblendet wurde, während die unter persönlichen biographischen Eindrücken stehenden Dokumentationen evangelischer Pfarrer der „Bekennenden Kirche“ die Rolle ihrer eigenen Anhängerschaft nachträglich verklärten¹¹. Eine Quellensammlung amtlicher Dokumente über die Kriegsjahre vermittelt die interne und damit unzensurierte dramatische Einschätzung der Lage Ostpreußens durch die NS-Behörden¹². Von polnischer Seite liegt eine Studie zur Frühphase der NSDAP in der Weimarer Republik vor, die jedoch kaum mehr als eine Grundlage für eine übergreifende Synthese bieten kann¹³. Eine sozial- und wirtschaftsgeschichtliche Analyse der letzten Jahre der Wei-

⁷ Vgl. Michael Fahlbusch, „Wissenschaft im Dienst der nationalsozialistischen Politik?“ Die „Volksdeutschen Forschungsgemeinschaften“ von 1931–1945, Baden-Baden 1999.

⁸ Vgl. u.a. Jörg Hackmann, „Der Kampf um die Weichsel“. Die deutsche Ostforschung in Danzig 1918–1945, in: *Zapiski Historyczne* 53 (1993), S. 37–57; Martin Balzer, Die Osteuropa-Forschung an der Universität Breslau in den Jahren 1930 bis 1942 [Unveröffentlichte Magisterarbeit] Hamburg 1996; Ingo Haar, „Revisionistische“ Historiker und Jugendbewegung. Das Königsberger Beispiel, in: Schöttler (Hrsg.), *Geschichtsschreibung als Legitimationswissenschaft*, S. 52–103.

⁹ So z.B. die von Walther Hubatsch angeregte Dissertation über die Verwaltung des Regierungsbezirks Allenstein, die keine kritische Anmerkung zur „Machtergreifung“ enthält, sondern sie ausschließlich verwaltungstechnisch darstellt. Vgl. Adalbert Josef Nobis, *Die preußische Verwaltung des Regierungsbezirks Allenstein 1905–1945*, München 1987.

¹⁰ Vgl. Gerhard Reifferscheid, *Das Bistum Ermland und das Dritte Reich*, in: *Zeitschrift für die Geschichte und Altertumskunde Ermlands*. Beiheft 1, Köln/Wien 1975; ders., *Die NSDAP in Ostpreußen. Besonderheit ihrer Ausbreitung und Tätigkeit*, in: *Zeitschrift für die Geschichte und Altertumskunde Ermlands* 39 (1978), S. 61–85.

¹¹ Vgl. Hugo Linck, *Der Kirchenkampf in Ostpreußen 1933 bis 1945. Geschichte und Dokumentation*, München 1968; Manfred Koschorke (Hrsg.), *Geschichte der Bekennenden Kirche in Ostpreußen 1933–1945. Allein das Wort hat's getan*, Göttingen 1976. Zur Arbeiterbewegung vgl. Wilhelm Matull/Max Sommerfeld, *Der Anteil der ostpreußischen Arbeiterbewegung gegen den Nationalsozialismus*, in: *Jahrbuch der Albertus-Universität Königsberg/Pr.* 17 (1967), S. 164–178; Wilhelm Matull, *Ostpreußens Arbeiterbewegung. Geschichte und Leistung im Überblick*, Würzburg 1970.

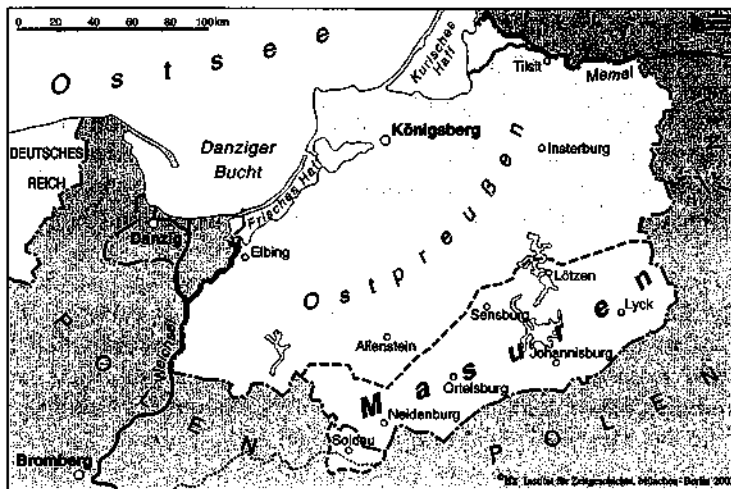
¹² Vgl. Christian Tilitzki, *Alltag in Ostpreußen 1940–1945. Die geheimen Lageberichte der Königsberger Justiz*, Leer 1991.

¹³ Bohdan Koziello-Poklewski, *Narodowosocialistyczna Niemiecka Partia Robotnicza w Prusach Wschodnich 1921–1933*, Allenstein 1995. Vom selben Autor stammen auch: *Kształowanie się*

marer Republik im südlichen Ostpreußen bietet die Studie von Dieter Hertz-Eichenrode¹⁴. Aus der Feder von Jörg Hackmann stammt eine historiographiegeschichtliche Arbeit zur ost- und westpreußischen Landesforschung, die die wichtigsten deutschen Forschungslinien im 20. Jahrhundert herausarbeitet¹⁵.

Masuren

Masuren – der südliche und südöstliche Teil Ostpreußens – gehört zu der deutsch-slawischen Kontaktzone. In der Terminologie der zwanziger und dreißiger Jahre bezeichnete man seine Bevölkerung stets als „nationale Zwischenschicht“, als „Volksembryone“ bzw. als „Kulturdeutsche mit nichtdeutscher Hausprache“. Bereits in der wilhelminischen Zeit bemühte man sich auf deutscher Seite, die ethnische Minderheit der Masuren in den Kontext ihrer Ostmarkenpolitik einzubeziehen. Erklärtes Ziel war die möglichst weitgehende historische



Masuren - in der Zwischenkriegszeit

postaw politycznych ludności Mazur w okresie międzywojennym, in: Janusz Jasiński (Hrsg.), *Zagadnienia narodowościowe w Prusach Wschodnich w XIX i XX wieku*, Allenstein 1993, S. 121–131 [Ośrodek Badań Naukowych im. Wojciecha Kętrzyńskiego. Rozprawy i Materiały 133]; *Antyhitlerowska opozycja klasy robotniczej w Prusach Wschodnich*, in: *Komunikaty Mazursko-Warmińskie* 1995, S. 65–81.

¹⁴ Vgl. Dieter Hertz-Eichenrode, *Die Wende zum Nationalsozialismus im südlichen Ostpreußen 1930–1932*. Zugleich ein Beitrag zur Geschichte des Masurentums, in: *Olsztynskie Studia Niemcoznawcze* 1, Allenstein 1986, S. 59–114 [Ośrodek Badań Naukowych im. Wojciecha Kętrzyńskiego. Rozprawy i Materiały 98]. Vgl. auch ders., *Politik und Landwirtschaft in Ostpreußen 1919–1930. Untersuchung eines Strukturproblems in der Weimarer Republik*, Köln-Opladen 1969.

¹⁵ Vgl. Jörg Hackmann, *Ostpreußen und Westpreußen in deutscher und polnischer Sicht. Landeshistorie als beziehungsgeschichtliches Problem*, Wiesbaden 1996.

und kulturelle Herauslösung der Geschichte Masurens aus ihrem ethnisch unbestreitbar polnischen Kontext. Damit wollte man einer vermeintlichen „polnischen Gefahr“ begegnen, da 1872 der polnische Historiker Wojciech Kętrzyński einen Anspruch Polens auf Masuren als ethnisch polnisches Siedlungsgebiet angemeldet hatte¹⁶. Kętrzyńskis Appell an die Öffentlichkeit, die Masuren als „polnische Brüder“ im politischen Bewußtsein zu verankern, war jedoch weitgehend ungehört geblieben. Dessenungeachtet bemühten sich polnische Kreise – finanziert aus Posen, Lemberg und Warschau – bis 1914, eine nationale polnische Stimmung in Masuren zu schaffen. Alle Versuche einer polnischen Einflußnahme in Masuren scheiterten jedoch kläglich.

Allerdings riefen diese polnischen Bemühungen die deutsche Seite auf den Plan. Der preußisch-deutsche Staat forcierte seine als Präventivmaßnahme deklarierte Germanisierungspolitik. 1895 begann man durch die wissenschaftliche Schaffung eines Kunsttopos „Masurisch“ sukzessive den linguistischen Sonderstatus zu konstruieren, der das in Masuren gesprochene Polnisch von der polnischen Hochsprache trennen sollte¹⁷. Nach 1918 fand dieses Bemühen eine Fortsetzung, das jedoch immer daran krankte, daß aus nichtdeutschen Masuren auf Biegen und Brechen „Deutsche“ gemacht werden sollten. Nach der Wiederherstellung der Republik 1918 forderte Polen die Integration Masurens in den polnischen Staatsverband, was die deutsche Seite weiter empörte. Aber auch diesmal gelang es nicht, eine dauerhafte propolnische Bewegung ins Leben zu rufen, obwohl Warschau beträchtliche finanzielle Mittel für diese Kampagne eingesetzt hatte.

Masurens Geschichte weist in vielfacher Hinsicht einzigartige Spezifika auf. Der Name der Region geht auf polnische Siedler zurück, die dem Werben des Deutschen Ordens und – nach dessen Säkularisierung – der preußischen Herzöge gefolgt und aus dem benachbarten polnischen Herzogtum Masowien nach Preußen gekommen waren. Bereits 1360 erwähnten Handfesten des Ordens polnische Siedler, die die „Große Wildnis“ des preußischen Südens urbar machten. Mit der Säkularisierung des Ordensstaates 1525 übernahmen auch die polnischsprachigen Untertanen automatisch die evangelische Konfession. Seit dieser Zeit entwickelte sich im südlichen Preußen ein spezifischer polnischsprachiger Protestantismus, der im multiethnischen Staat jahrhundertlang unbehelligt blieb. Die um 1900 etwa 350.000 Personen umfassende Gruppe der Masuren in den Landkreisen Osterode, Neidenburg, Ortelsburg, Sensburg, Lötzen, Oletzko (seit 1928 in Treuburg umbenannt), Lyck und Johannisburg zeichnete sich durch einen stark borussisch gefärbten Königspatriotismus, die evangelische Konfession sowie gleichzeitig die polnische Sprache aus. Bis 1871 war der multiethnische Konsens unbestrittene Staatsräson Preußens.

Mit dem deutschen Einigungsprozeß stieg jedoch der Wunsch nach einem ethnisch homogenen Nationalstaat. Als anderssprachiger Überrest einer scheinbar

¹⁶ Vgl. Wojciech Kętrzyński, *O Mazurach*, Posen 1872.

¹⁷ Vgl. Andreas Kossert, *Preußen, Deutsche oder Polen? Die Masuren im Spannungsfeld des ethnischen Nationalismus 1870–1956*, Wiesbaden 2001, S. 51–125.

versunkenen Welt paßten die Masuren nicht mehr in das zeitgenössische Bild. Nach 1871 erließ der ostpreußische Oberpräsident umfassende Germanisierungsmaßnahmen. Seit 1888 war die polnische Sprache aus allen Schulstuben Masurens verbannt. Auch die evangelische Kirche beteiligte sich aktiv an der Germanisierungspolitik und baute die polnischsprachige Seelsorge immer mehr ab, so daß sich mit erstaunlicher Geschwindigkeit ein Assimilierungsprozeß vollzog. Die ländliche Bevölkerung in Dorf und Familie blieb zwar bis zum Ersten Weltkrieg weitgehend polnischsprachig, allein die Kenntnis der deutschen Sprache bot aber soziale und wirtschaftliche Aufstiegschancen. Durch die allgegenwärtige Negativpropaganda über ihre kulturelle Rückständigkeit entstand bei den Masuren sogar ein verinnerlichter Minderwertigkeitskomplex. Sie fühlten sich als „Bürger zweiter Klasse“, und Sprüche wie „Wo sich aufhört die Kultur, beginnt zu leben der Masur“ hinterließen tiefe Wunden im masurischen Selbstbewußtsein. Daher gab es auch kaum Proteste gegen die radikale Germanisierungspolitik; die überwältigende Mehrheit schickte sich vielmehr in das Unvermeidliche, nicht wenige sahen sogar eine Chance, das ungeliebte slawische Habit abzulegen. Auch wirtschaftlich erhoffte sich die stets vernachlässigte Region mehr Impulse von außen, und schließlich hegten vor allem jüngere Masuren den Wunsch nach sozialem Aufstieg. Daher bemühten sie sich auch – wie vor allem in den Wahlen sichtbar wurde – um eine besonders deutliche Loyalitätsbekundung zugunsten deutsch-konservativer Parteien bzw. später zur NSDAP¹⁸.

Im Rahmen der preußisch-deutschen Ostmarkenpolitik verstärkte sich der deutsch-polnische Antagonismus, der auf deutscher Seite zu einem latenten Antipolonismus führte. Mit der Wiederherstellung Polens in Form der Zweiten Republik 1918 entwickelte sich der Streit zu einem emotionalen deutsch-polnischen „Kampf um Masuren“. Damit trat Masuren mit seiner eigentümlichen ethnischen Konstellation als „Objekt“ auf die Bühne eines absurden nationalistischen Schauspiels¹⁹.

Die Idee des „Volks- und Kulturbodens“ in der Weimarer Republik

Mit der militärischen Niederlage und den Folgen der Pariser Vorortverträge geriet das Selbstverständnis der Deutschen ins Wanken. Als sich Gebietsverluste in Ost und West abzeichneten, setzte eine Revisionspolitik ein, die sich auf einen überwältigenden gesellschaftlichen Konsens stützen konnte. Auch bisher kaum beachtete Grenzgebiete an der Peripherie des Reiches rückten auf der Versailler Friedenskonferenz in das internationale Rampenlicht. Plötzlich war der Name einer Landschaft in aller Munde: Masuren. Als sich eine propolnische internationale Stimmung abzeichnete, nutzte Polen die Gunst der Stunde für Territorialfor-

¹⁸ Vgl. dazu Kossert, *Preußen, Deutsche oder Polen?*, S. 51–104.

¹⁹ Vgl. ebenda; Richard Blanke, *Polish-speaking Germans? Language and National Identity among the Masurians since 1871*, Köln/Weimar/Wien 2001. Vgl. auch eine neue Gesamtgeschichte Masurens von Andreas Kossert, *Masuren. Ostpreußens vergessener Süden*, Berlin 2001.

derungen, die weit über die Wiederherstellung der Grenzen hinausgingen, die vor der Ersten Teilung 1772 bestanden hatten.

Auch das mehrheitlich polnischsprachige Masuren, das in seiner Geschichte niemals Teil eines polnischen Staatsverbandes gewesen war, stellte nach der piastischen Konzeption der rechtskatholischen Nationaldemokraten unter Federführung Roman Dmowskis ethnisch slawisches Gebiet und damit „urpolnisches“ Land dar. Nachdem man in Versailles eine Volksabstimmung für den 11. Juli 1920 festgesetzt hatte, kam es bereits in deren Vorfeld zu einer harten deutsch-polnischen Kontroverse. An den Wahlurnen entschieden sich die Masuren, wie international auch kaum ernsthaft bezweifelt worden war, in ihrer überwältigenden Mehrheit – mit 99,32 Prozent der gültigen Stimmen – für einen Verbleib bei Ostpreußen²⁰. Mit dieser nachträglich als „Abstimmungskampf“ deklarierten Kontroverse begann der „Volkstums- und Grenzlandkampf“, der seitdem eine stete Fortsetzung fand. Allerdings kämpfte man in Masuren ohne wirklichen Gegner, da die polnischen Minderheitenvereine nur geringen Anhang hatten und deren Mitglieder sich zudem fast alle weniger aus Idealismus als aus monetären Gründen für ein polnisches Masuren engagierten.

Nach den politisch unruhigen Zeiten der Abstimmungen im Osten, die 1921 in Oberschlesien ihren Abschluß fanden, trat im Deutschen Reich eine neue emotionalisierte Forschergeneration mit dem heißen Wunsch nach einer durchgreifenden Revisionspolitik auf den Plan. Diese Wissenschaftler wollten eine im deutschen Sinne gestaltete Volkstumspolitik in den Grenzregionen des Reiches durchsetzen und damit dauerhaft ein Bollwerk gegen polnische Ansprüche schaffen. Die zu dieser Zeit entstandene nichtrassistische Konzeption des Volks- und Kulturbodens erfuhr eine ganz konkrete Anwendung auf die gemischtethnischen Gebiete in den preußischen Ostprovinzen. Inspiriert durch den Wunsch nach einer Revision der territorialen Verhältnisse und einer eindeutigen Stärkung des Deutschtums entwickelten die Geographen Albrecht Penck und Wilhelm Volz dieses Modell, das den Willen eines Volkes über dessen ethnische Abstammung stellte. Dabei umfaßte der deutsche *Volksboden* das geschlossene deutschbesiedelte Gebiet. Für die gemischtethnischen Regionen Ostmitteleuropas kam jedoch vor allem die von Albrecht Penck eingeführte Kulturboden-Definition in Betracht, der zufolge deutscher Kulturboden auch noch überall dort in Osteuropa zu finden war, wo „die deutsche Bevölkerung gegenüber der anderssprachigen zurücktritt, wo sie aber dem Lande den Kulturcharakter aufdrückt oder aufgedrückt“ habe²¹. Diese Terminologie war so diffus wie fragwürdig, da sie mit ihrem Deutschtumsbezug im „Kulturboden“ weit über die alten Grenzen des Reiches hinausging und alles potentiell Deutsche zu integrieren suchte.

Das neue Paradigma erfuhr seine institutionelle Weihe durch die 1922 entstandene „Mittelstelle“, die 1926 in die „Stiftung für Volks- und Kulturbodenforschung“ übergang. In ganz bewußtem Gegensatz zum westeuropäischen Modell

²⁰ Vgl. dazu Kossert, *Preußen, Deutsche oder Polen?*, S. 145–166.

²¹ Albrecht Penck, *Deutscher Volks- und Kulturboden*, in: Karl Christian von Loesch (Hrsg.), *Volk unter Völkern*, Breslau 1925, S. 62–73, hier S. 68.

der Staatsnation setzte die von Wilhelm Volz geführte Stiftung auf den „Volks- und Kulturraum“²². Ihren Protagonisten stand mit ihrer Auffassung vom „anwendungsorientierten Handeln“ auch nicht der Gelehrte alten Zuschnitts vor Augen²³. Aus diesem Grund traten sie bewußt in enge Kontakte zu den Deutschstums- und Heimatverbänden sowie zu den Ministerien auf Reichs- und Landesebene. Als interdisziplinär arbeitende Institution bot die Leipziger Stiftung Behörden und Verbänden Amtshilfe durch wissenschaftliche Studien aus den Bereichen der Geschichte, Kulturgeographie, Volkskunde, Sprachwissenschaft, Siedlungsforschung, Statistik sowie Germanistik. Anders als nach 1933 hatte die Politik aber keine konkreten Forderungen an die Wissenschaft; die Entstehung der Leipziger Stiftung basierte vielmehr auf der Eigeninitiative einzelner Forscher, die aus deren politischer Überzeugung heraus entstand.

Nach der Auflösung der Stiftung entstand 1932 mit der „Publikationsstelle“ (PUSTE) am Geheimen Staatsarchiv in Berlin-Dahlem eine neue wesentlich effizienter arbeitende Koordinationsstelle. Vom Generaldirektor der Preußischen Staatsarchive, Albert Brackmann, bis 1936 geleitet, ging ihre Gründung vor allem auf die Initiative von Johannes Papritz zurück. Neben der Analyse und Widerlegung polnischer Ansprüche suchte die auch an der PUSTE fortgesetzte Volks- und Kulturbodenforschung „das sogenannte Besitz- und Existenzrecht einer Volksgruppe an einem Ort und in einem Raum nachzuweisen“²⁴.

Besonders schwierig erwies sich dabei die historische Einordnung der nicht-deutschen Ethnien in der deutsch-polnischen Kontaktzone. Da objektive Kriterien wie Sprache und ethnische Abstammung dem Revisionsanspruch klar entgegenstanden, mußten die unbestreitbar slawischen Ethnien der Masuren, Kaschuben und Oberschlesier eine neue wissenschaftliche Kategorisierung erfahren. Dabei legte die Ostforschung eine zweifelhafte Gratwanderung an den Tag, die die ethnische Dimension marginalisierte, hingegen die jahrhundertelange Sozialisation der Masuren in einem preußisch-deutschen Staat unterstrich. Mit dem Begriff des „Volks- und Kulturbodens“ wurde dem Einfluß der deutschen Kultur eine das Bewußtsein und die nationale Orientierung der Masuren dauerhaft prägende Bedeutung zugeschrieben. Dabei stand die seelisch-subjektive Dimension der Nationalität über dem ursprünglich objektiv ethnisch bestimmten „Volkstum“, wie Volz schon 1926 programmatisch festgestellt hatte:

„[...] die Kaschuben und Masuren, die Oberschlesier und Wenden sind deutscher Kultur, Glieder des deutschen Volkes, Deutsche, auch wenn das alte Idiom noch nicht erloschen ist [...]. Nicht die Rasse entscheidet über das Volkstum –

²² Winfried Schulze/Gerd Helm/Thomas Ott, *Deutsche Historiker im Nationalsozialismus. Beobachtungen und Überlegungen zu einer Debatte*, in: Schulze/Oexle (Hrsg.), *Deutsche Historiker im Nationalsozialismus*, S. 11–48, hier S. 22.

²³ Haar, *Historiker im Nationalsozialismus*, S. 361.

²⁴ Ebenda, S. 13.

unterscheidet sich denn überhaupt der Wende körperlich vom Sachsen? Der waserpolnisch sprechenden Oberschlesier vom deutsch Sprechenden? –, sondern der Wille und das Volksbewußtsein.“²⁵

Auch andere Forscher wie Carl Petersen schlossen sich dieser Konzeption an, wonach Masuren durch seine deutsche Prägung auch Teil des deutschen „Volks- und Kulturbodens“ geworden sei: „Wessen Seele von einem Nationalgedanken erfüllt wurde – ganz gleich, welchem Volkstum er entsprang – der gehört der Nation auch als echtes Mitglied an.“²⁶ Durch ihre eigene subjektive Entscheidung – den „Willen“ – waren sie demnach Angehörige der deutschen Nation. Dabei offenbarte sich allerdings ein besonders opportunistischer Gebrauch des Nationenbegriffs. Während man sich in Masuren und anderen mehrheitlich polnischsprachigen Grenzgebieten im Osten bemühte, das Subjektivitätsprinzip zu betonen und die „objektiven“ Kriterien Ethnie und Sprache in ihrer Bedeutung zu reduzieren, bekräftigte die gleiche Volks- und Kulturbodenforschung im Westen den deutschen Anspruch, etwa auf das Elsaß, unter Heranziehung jener objektiven Kriterien, die man im Osten verworfen hatte.

Die Praxis in Masuren

Die Idee des „Volks- und Kulturbodens“, die die subjektive Entscheidung zur Grundlage hatte, sahen viele durch das überwältigende prodeutsche Abstimmungsergebnis des Jahres 1920 bestätigt. Deutschumsorganisationen und Forschung proklamierten unisono den Anspruch Deutschlands auf Masuren, da die dortige Bevölkerung sich trotz nichtdeutscher Muttersprache für das Deutsche Reich und damit gegen die objektiven Merkmale ethnische Abstammung und Sprache entschieden hatte. An der Spitze der deutschen Abstimmungsbewegung in Masuren stand Max Worgitzki. Geboren 1884, stammte er aus der Region. Worgitzki verstand es als patriotische Pflicht, sich 1919 aktiv für die deutsche Seite zu engagieren. Ihm lag an einer parteiübergreifenden Plattform, die polnische Ansprüche dauerhaft abwehren und den deutschen Heimatgedanken in Masuren vertiefen sollte. Nach dem Referendum gelang ihm als Vorsitzenden des Ostdeutschen Heimatdienstes Allenstein (OHD) und des Kulturvereins Masuren-Ermeland die Etablierung eines kraftvollen Forums für antipolnische Kulturpolitik im „Grenzland“, die über die kurz Heimatvereine genannten Verbände auch in den abgelegensten Dörfer spürbar wurde.

Die Terminologie dieses ersten „Grenzlandkampfes“ in der noch jungen Weimarer Republik nimmt sich rückblickend recht martialisch aus. Doch hat die Abstimmungsbewegung damals alle politischen Lager bewegt. Niemand wollte abseits stehen, als es galt, Ostpreußen vor polnischen Ansprüchen zu schützen.

²⁵ Wilhelm Volz (Hrsg.), *Der ostdeutsche Volksboden. Aufsätze zu den Fragen des Ostens*, Breslau 1926, S. 6.

²⁶ Carl Petersen, *Volk, Nation, Staat und Sprache*, in: *Deutsche Hefte für Volks- und Kulturbodenforschung* 2 (1931/32), S. 192–224, hier S. 218.

Im deutschen Selbstverständnis war es eine Präventivmaßnahme. Worgitzki selbst identifizierte sich mit liberalen Vorstellungen, seine Äußerungen waren aber von einem scharfen Antipolonismus geprägt. So war es kein Wunder – und das ist für die spätere Entwicklung der Grenzlandpolitik und Ostforschung zu beachten –, daß er sich auch gegen die ständig drohende Vereinnahmung durch rechtsnationalistische Kreise wehren mußte. So schrieb er im März 1923 an das ostpreußische Oberpräsidium über die „Polenabwehr“ des OHD:

„Die ganze Organisation ist parteipolitisch vollkommen neutral, sie umfaßt alle deutschgesinnten Kreise. Der Vorstand setzt sich dementsprechend zusammen aus 1 Sozialdemokraten, 1 Demokraten, 1 Zentrum, 2 Deutsche Volksparteiler, 1 Deutschnationaler. Unser Vereinsorgan 'Unsere Heimat' wird von einem Sozialdemokraten redigiert. Die Arbeit der Organisation besteht außer der Beobachtung der Polenbewegung in der Abwehr durch unparteiische Zusammenfassung aller Deutschgesinnten und durch deutsche Kulturarbeit.“²⁷

Angesichts der polnischen Ansprüche auf deutsche Reichsgebiete wurde in allen politischen Lagern der Antipolonismus salonfähig. So verwahrte sich beispielsweise auch die ostpreußische SPD 1922 gegen die Unterstellung, sie sei nicht patriotisch genug. Vielmehr unterstrich sie ihre breite Unterstützung im „Abstimmungskampf“ 1920: „Durch die Abstimmung haben wir bewiesen, daß wir Deutsche waren und sind und zu jeder Zeit und Stunde werden wir Sozialdemokraten, wenn unsere Heimat bedroht ist, uns restlos zur Verfügung stellen.“²⁸

Erklärtes Ziel der Heimat- und Deutschumsverbände war – im Einklang mit Behörden und Forschung – die Festigung einer deutschen Identität der Masuren. Dabei wollte man an das positive Abstimmungsergebnis anknüpfen und die Masuren aktiv in den Assimilierungsprozeß einbinden. Damit verschob sich im Gegensatz zur früheren preußischen Ostmarkenpolitik der Akzent deutlich von staatlich verordneten Germanisierungsmaßnahmen zu einer Politik, die von der masurischen Mehrheit mitgetragen werden sollte. Damit fanden sich die Masuren erstmals als Akteure wieder. Die omnipräsenten Heimatvereine zielten mit ihrer deutschumsbezogenen Kulturarbeit, die Max Worgitzki als „national-kulturellen Selbstschutz unserer Grenzlandbevölkerung“ bezeichnete, auf eine dauerhafte Abwehr polnischer Revisionsansprüche ab. Weiter führte Worgitzki am Beispiel Masurens die Übertragung des Volks- und Kulturboden-Gedankens auf eine konkrete Region aus:

„Das Masurentum ist ein Grenzvolkstum, eine nationale Zwischenschicht, die sich aus einer besonderen geschichtlichen Entwicklung heraus zwischen Deutsch-

²⁷ Geheimes Staatsarchiv Berlin Preußischer Kulturbesitz (künftig: GStA PK), I.HA, Rep. 203, Nr. 43, Innerpolitische Angelegenheiten, Max Worgitzki an Oberpräsidium Ostpreußen, 23. 3. 1923.

²⁸ GStA PK, I.HA, Rep. 203, Nr. 43, Innerpolitische Angelegenheiten, Johannsburger Zeitung, Beilage: Amtliches Kreisblatt Nr. 36 (25. 3. 1922): Kreisleitung Johannisburg der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. I.A.: Brosda.

tum und Polentum gebildet und eingeschoben hat. Blutmäßig ist es beiden verbunden. [...]

Die deutsche Aufgabe muß demzufolge die sein, den nationalen Willen der Masuren, der ja deutsch ist, so zu vertiefen, daß er unwandelbares Nationalgefühl wird. Das aber ist eine Aufgabe der deutschen Kultur. Denn was ist Nationalität? Nicht, wie die Polen fordern, äußeres Merkmal, bedingt durch Abstammung, Sprache u.a., sondern Willenshaltung, offenbart durch das Bekenntnis.²⁹

Mit den ständigen Verweisen auf die „polnische Gefahr“ sicherten sich die Deutschtums- und Heimatverbände zusammen mit den konservativen Honoratioren ein Meinungsmonopol in der Region. Nach ihren Vorstellungen konnte nur durch eine möglichst breite Mobilisierung der masurischen Bevölkerung der Assimilierungsprozeß erfolgreich und unumkehrbar werden. Dabei kam den Lehrern eine besondere Funktion zu, da sie fast allerorten bereits während der Abstimmung 1920 Vorsitzende der Heimatvereine waren und sich ex officio als Repräsentanten deutscher Kultur verstanden. Der OHD stellte umfangreiche Materialien für die lokale Kulturarbeit zur Verfügung. Textbücher für Dorfbühnentheater und Sonnwendfeiern standen ebenso auf der Angebotspalette wie Anleitungen für Heimatfeste und Noten für Chormusik; auch Leihbibliotheken, Lichtbildervorträge und Theateraufführungen sollten deutsche Kultur überall sichtbar werden lassen³⁰.

Kulturelle Deutschtumsarbeit schloß auch die Landvolkbildung ein, die mit dem Volkshochschulwesen den endgültigen Durchbruch erlebte. Auf Initiative von Max Worgitzkis Kulturverein Masuren-Ermland und anderen öffentlichen Trägern wurde 1927 die Masurische Volkshochschule Jablonken gegründet, die die erste Bildungsanstalt dieser Art in Masuren darstellte. Mit dieser bewußt politischen Gründung sollte der präventive „Grenzschutz“ durch Förderung der deutschen Sprache und Kultur intensiviert werden. Dabei war Behörden, Forschung und Deutschtumsverbänden klar, daß der Assimilierungsprozeß einen problematischen Sprachwechsel implizierte, den es kulturell zu begleiten und zu fördern galt. Offiziell hieß es, jeder Sprachwechsel gefährde „die Kulturfähigkeit eines Volkes“, weshalb der Assimilierungsprozeß nicht in einem von außen implementierten „rein zivilisatorischen“ Stadium stecken bleiben dürfe. Vielmehr müßten die Masuren die deutsche Sprache und Kultur „nicht nur wie ein äußeres Gewand überstreifen, sondern gleichzeitig durch sie in die deutsche Kultur hineinwachsen“³¹. Um dieses Ansinnen zu fördern, bot die Masurische Volkshochschule Jablonken landwirtschaftliche Fortbildungskurse, Jugendführertagungen, Erwachsenenbildung und Heimarbeitslehrgänge an. Auch durch die Errichtung von Heimatmuseen erhoffte man sich eine Stärkung des „Grenzlandgeistes“. In allen Kreisstädten Masurens entstanden Museen, die von den Heimatvereinen,

²⁹ „Landschulhausbau und Landvolkbildung“, in: Unsere Heimat Nr. 6 (26. 3. 1933). Obwohl bereits nach der „Machtergreifung“ publiziert, spiegelt es den alten nichtrassistischen Gedanken Worgitzkis wieder. Nur wenige Wochen später wurde Worgitzki seines Amtes enthoben und der OHD „gleichgeschaltet“.

³⁰ „Ostdeutscher Heimatdienst Allenstein gibt bekannt“, in: Unsere Heimat Nr. 2 (14. 1. 1932).

³¹ „Landschulhausbau und Landvolkbildung“, in: Unsere Heimat Nr. 6 (26. 3. 1933).

vor allem aber von den Schulen regelmäßig besucht wurden³². Auf Worgitzki ging auch die Errichtung der „Landesbühne Südostpreußen“ zurück, die 1924 ihre Arbeit aufnahm und seiner Auffassung nach als deutsches Theater „unter den Propagandamitteln einer deutschen Kulturarbeit in dem gemischtsprachigen Grenzgebiet“ nicht fehlen dürfe³³. Zu ihren Trägern zählten 20 öffentliche Körperschaften, zu denen auch einige masurische Städte gehörten. Im Abstand von zwei Wochen bot die Bühne in allen Städten eine Theateraufführung an. 1926 entstand schließlich die erste feste Bühne in Allenstein, das Theater „Treudank“.

Auch wissenschaftliche Einrichtungen mischten im Grenzlandkampf kräftig mit. Um das Problembewußtsein zu schärfen, organisierte die „Stiftung für Volks- und Kulturbodenforschung“ halbjährlich Tagungen in Grenzgebieten mit ethnischen Minderheiten. So fanden unter anderem Tagungen in Emden zu Friesland (1927) sowie in Graz zur steirischen Frage statt (1930). Ortskundige Wissenschaftler referierten dort über die spezifische Problematik der jeweiligen Regionen. Masuren wurde erstmals 1925 von dem Historiker Hermann Gollub auf einer im westpreußischen Marienburg stattfindenden Tagung behandelt. Doch auch in Masuren selbst fand zwei Jahre später eine Tagung der Stiftung statt. Vom 15. bis 17. September 1927 tagte man in Ortelsburg zum Thema „Ostpreußen und das Baltikum“. Neben den Vorstandsmitgliedern der Stiftung Wilhelm Volz, Albrecht Penck und Karl Christian von Loesch zählten zahlreiche Hochschullehrer wie Manfred Laubert (Breslau), Friedrich Panzer (Heidelberg) und Walther Ziesemer (Königsberg) zu den Teilnehmern. Konkretes Engagement vor Ort sollte den zahlreichen Vertretern der Kreis-, Regierungsbezirks- und Provinzbehörden, aber auch Repräsentanten mehrerer Ministerien, die neue aktive Rolle der interdisziplinär operierenden Volks- und Kulturbodenforschung im „Grenzlandkampf“ verdeutlichen. Hermann Gollub sprach über die „Grundzüge der kulturellen Entwicklung Masurens“ und Leo Wittschell über die „Masurenstatistik“. Schließlich hielt der Ortelsburger Landrat Victor von Poser einen Lichtbildervortrag, dem sich eine Autorundfahrt durch den Landkreis anschloß³⁴.

Auch andere Hochschullehrer stellten sich aktiv in den Dienst der Deutschtums- und Heimatverbände. So referierte der Breslauer Historiker Manfred Laubert auf den „Schulungstagen in Südostpreußen“ im Februar 1925 über Polen und Max Worgitzki über „Preußische Polenpolitik einst und jetzt“. Das Motto der Veranstaltung lautete in Anspielung auf die eigene Arbeit „Drüben erhalten und hüben abwehren“³⁵. Andere Verbände sahen es ebenfalls als ihre nationale Pflicht an, in Masuren Flagge zu zeigen. So fand 1928 die 18. Ordentliche Versammlung des Ostpreußischen Provinzial-Lehrervereins in Ortelsburg statt, die als ein

³² „Unsere südostpreußischen Grenzlandmuseen. Ihre Arbeitsgebiete und Aufgaben“, in: Unsere Heimat Nr. 11 (12. 6. 1932).

³³ GStA PK, XX.HA, Rep. 2 (II), Nr. 2345, Landesbühne Südostpreußen und Bespielung der theaterlosen Städte, Max Worgitzki, Allenstein, 4. 1. 1924.

³⁴ GStA PK, I.HA, Rep. 77, Titel 856, Nr. 298, Stiftung für Volks- und Kulturbodenforschung in Leipzig 1924–1930, Tagung in Ortelsburg 15.–17.9.1927 Ostpreußen und Baltikum.

³⁵ „Schulungstage in Südostpreußen“, in: Unsere Heimat Nr. 4 (21. 2. 1925).

„Denkmal deutscher Kulturarbeit im Osten“ inszeniert wurde³⁶. Die staatlich finanzierte „Reichszentrale für Heimatdienst“ hatte schon im August 1924 eine „Ostdeutsche Grenztagung“ in Lötzen organisiert, die Masuren und das nordöstliche Ostpreußen, das sogenannte Preußisch Litauen, behandelte³⁷. Auch die 1923 gegründete „Historische Kommission für ost- und westpreußische Landesforschung“ versagte ihren Beitrag zur wissenschaftlichen Deutschtumpflege nicht. In ihrem Vereinsorgan, den seit 1924 erscheinenden „Altpreußischen Forschungen“, unterstrichen zahlreiche Beiträge den deutschen Anspruch auf Masuren³⁸.

Insgesamt nahmen die Forschungen über Masuren in der Weimarer Republik deutlich zu. Dabei exponierten sich vor allem Vertreter der Volks- und Kulturbodenforschung. Allen voran muß Hermann Gollub genannt werden, der als promovierter Historiker in den staatlichen Archivdienst eintrat und sich zunächst in Königsberg, später dann in Breslau, mit seiner Heimat Masuren beschäftigte³⁹. Zusammen mit dem OHD-Vorsitzenden Max Worgitzki prägte Gollub das deutsche Masurenbild der Weimarer Republik ganz wesentlich. Beide verschrieben sich als gebürtige Masuren dem Auftrag, ihre Landsleute immer stärker in das deutsche Sprach- und Kulturmilieu zu assimilieren. Mit ihrer publizistischen Arbeit versuchten sie gleichzeitig, den Antipolonismus zu stärken und die Masuren somit gegenüber polnischen Ansprüchen zu immunisieren.

Hermann Gollubs Forschungen reflektieren exemplarisch die Umsetzung der Programmatik der Volks- und Kulturbodenforschung in Masuren. So schrieb er 1926 in dem von Wilhelm Volz herausgegebenen Sammelband „Der ostdeutsche Volksboden“:

„Nicht die Herkunft entscheidet letzten Endes über die Nationalität, sondern die innere Überzeugung! Dann jedoch sind die Masuren, wie die Abstammung deutlich genug bewiesen hat, ein untrennbarer Bestandteil der deutschen Nation. Eine ‚masurische Frage‘ gibt es für uns überhaupt nicht. Das Schicksal Masurens ist und bleibt unauf löslich verknüpft mit dem Schicksal des gesamten deutschen Vaterlandes!“⁴⁰

Mit solchen Aussagen stand die Volks- und Kulturbodenforschung der Weimarer Republik jedoch auf sehr unsicheren Beinen, da sie die ethnische Abstammung und Sprache der Masuren ignorierte⁴¹, die natürlich von der polnischen For-

³⁶ „Ostpreußens Lehrer in Ortelsburg. Kundgebung für die Stärkung des Deutschtums in Masuren“, in: Königsberger Hartungsche Zeitung Nr. 465 vom 3. 10. 1928.

³⁷ Bundesarchiv Berlin (künftig: BA Berlin), Reichsinnenministerium (künftig: RMI), R 1501, Nr. 105889, Deutschtumpflege Bd. 2, 1923–1926. „Ostdeutsche Grenztagung“ Lötzen, 14.–16. 8. 1924.

³⁸ Vgl. Altpreußische Forschungen 1924–1932/33.

³⁹ Vgl. u.a. Hermann Gollub, Zum Kampf um Masuren, in: Volk und Rasse 3 (1926), S. 170–174.

⁴⁰ Hermann Gollub, Die Masuren, in: Volz (Hrsg.), Der ostdeutsche Volksboden, S. 286–307, hier S. 305.

⁴¹ Vgl. zur polnischen Masurenforschung zwischen den Weltkriegen Kossert, Preußen, Deutsche oder Polen?, S. 276–288.

schung betont wurde. Dessenungeachtet verschrieb sich die deutsche Forschung dem Ziel, aus den Masuren Deutsche zu machen. Zu diesem Zweck suchte sie nach neuen Definitionen für die schwer einzuordnenden gemischtethnischen Grenzregionen, so etwa als Friedrich Lange 1932 die Masuren neben den memeländischen Litauern, Kaschuben, oberschlesischen Wasserpolen, Schlonsaken und Hultschinern als „Volksplitter“ und „Volksembryonen“ bezeichnete und sie unter dem Namen „eigensprachliche Kulturdeutsche“ zusammenfaßte⁴².

Bei vielen Deutschtumsfunktionären und Wissenschaftlern war der Wunsch Vater des Gedankens. Auch Max Worgitzki vollzog einen politisch-historischen Drahtseilakt, der die eigene Unsicherheit deutlich werden läßt. Da ein bloßes Akzeptieren der multiethnischen Struktur Masurens politisch völlig ausgeschlossen war, gab er in seinem Roman über die Volksabstimmung „Sturm über Masuren“, der trotz seiner politischen Isolation nach 1933 im Zweiten Weltkrieg als Wehrmachts-Kriegsausgabe erschien, das Gedankengut der Weimarer Volks- und Kulturbodenforschung und ihrer Visionen wieder, die auch seine eigene Tätigkeit im Ostdeutschen Heimatdienst prägten:

„Wir Masuren sind Grenzmenschen. Die Grenze zwischen zwei Völkern ist keine tote Linie, die sich mit scharfem Stift in der Karte einzeichnen läßt, noch ein Graben, der die Flur teilt. Die Grenze ist lebendiger Übergang und geht auch mitten durch uns Menschen hindurch. Darum ist unser Wesen, das wissen wir selbst auch am allerbesten, nicht mit einer einfachen Formel zu erklären: Wie unsere Zunge zweisprachig ist, so hat unsere Seele eine andere Sprache als unser Verstand. Aber eines kann ich Ihnen mit Bestimmtheit versichern; wenn auch die Seele des Masuren sich gern einmal an östlichen Weiten verströmt, der deutsche Geist, der in ihm mächtig ist, hält sie fest im Zügel.“⁴³

Am Ende der Weimarer Republik offenbarte die deutsche Forschung am Beispiel Masurens ihren opportunistischen Gebrauch der Volks- und Kulturbodentheorie. Galten im Westen objektive Kriterien wie ethnische Abstammung und Sprache als Garanten für das „Deutschtum“, reklamierte man ganz im Sinne der vernationalen multiethnischen Tradition der *raison d'Etat* Preußens die Regionen der deutsch-polnischen Kontaktzone als deutsch und zwar aufgrund der subjektiven Entscheidung der dort lebenden Bevölkerung. Für Masuren galt ein voluntaristischer Nationenbegriff, der den Willen über alles stellte. Damit versuchte die deutsche Forschung den polnischen Ansprüchen zu entgegnen, die mit der polnischen Abstammung und Sprache der Masuren scheinbar „objektive“ Merkmale bemühten.

Auch wenn es eine personelle und konzeptionelle Kontinuität der Volks- und Kulturbodenforschung über das Jahr 1933 gibt, läßt sich konstatieren, daß erst der Nationalsozialismus mit seinem entschiedenen rassistischen Biologismus diese

⁴² Friedrich Lange, Die Schlonsaken, in: Mitteilungen der Akademie zur wissenschaftlichen Erforschung und zur Pflege des Deutschtums 2 (1932), S. 205–215, hier S. 205.

⁴³ Max Worgitzki, Sturm über Masuren, Tilsit 1942 [Sonderaufgabe der Luftwaffe], S. 62.

Diffusität durch eine „masurgermanische“ Neuausrichtung der Grenzland- und Volkstumspolitik ersetzt.

**„Masurgermanismus“ und „Mischzonen labilen Volkstums“:
Die NS-Konzeption der ethnisch nichtdeutschen Grenzregion**

1933 begann ein interessantes Intermezzo. In dem von Albert Brackmann herausgegebenen Sammelband „Deutschland und Polen“ dominierte noch die auf strikt antipolnischem Revisionskurs liegende Weimarer Volks- und Kulturbodenkonzeption. Hitlers taktische Annäherung an Polen, die im Nichtangriffsabkommen von 1934 gipfelte, schlug sich in den Beiträgen noch nicht nieder. Bemerkenswert war vor allem der Beitrag des Königsberger Historikers Hans Rothfels. 1926 an die Albertina berufen, mußte er 1934 als Jude seinen Lehrstuhl räumen und später in letzter Minute emigrieren. Rothfels stand in jüngster Zeit im Zentrum einer wissenschaftlichen Kontroverse. Während Ingo Haar ihm eine deutliche Nähe zum Nationalsozialismus attestierte, bescheinigte ihm Heinrich August Winkler in seinem Plädoyer für die sorgsame quellenkritische Betrachtung eine nationalistische, aber keinesfalls NS-konforme Forschungskonzeption⁴⁴.

Konnte es tatsächlich einen qualitativen Unterschied zwischen dem „kämpferischen Grenzlandnationalismus“⁴⁵, den auch der im Volks- und Kulturbodenkonzept verhaftete Hans Rothfels vertrat, und der NS-Ideologie geben? Wie die aktuelle Forschung zurecht betont, gab es eine starke personelle und inhaltliche Kontinuität über das Jahr 1933 hinaus. Viele im Bereich der Volks- und Kulturbodenforschung aktive Wissenschaftler bereiteten den Boden für die spätere Entwicklung. Und dennoch gibt es Unterschiede, die in der Forschung zu Masuren und anderen gemischtethnischen Gebieten deutlich zutage treten. Dabei handelte es sich nicht nur um Nuancen, sondern um deutliche Differenzen. Auch Rothfels' Äußerungen zu Masuren und den gemischtethnischen Regionen Ostmitteleuropas lassen die alte Idee des Volks- und Kulturbodens als nichtrassische Konzeption erkennen. Obwohl sein Lehrstuhl Zentrum der historischen Ostforschung war, knüpfte er in seinem Aufsatz „Das Problem des Nationalismus im Osten“ an die preußischen Toleranztraditionen an, um die heterogenen Volks- und Sprachstrukturen Ostmitteleuropas herauszuarbeiten. In Masuren seien, so Rothfels, „slawische Sprachzugehörigkeit“ und „die Frage der willensmäßigen Nationalität“ kein Widerspruch. Für ihn war es daher nur eine natürliche Schlußfolgerung, wie sie auch im Volks- und Kulturboden-Konzept der Weimarer Republik für die nicht-deutschen Grenzgebiete galt, daß sich Nationalität nicht über Ethnie definiere, sondern über den historisch-kulturellen Kontext, und den Willen zum Deutschen Reich hatten die Masuren in der prodeutschen Abstimmung zum Ausdruck gebracht. Schließlich plädierte Rothfels mit Blick auf Osteuropa für eine „organi-

⁴⁴ Vgl. Haar, *Historiker im Nationalsozialismus*; Heinrich August Winkler, *Hans Rothfels – ein Lobredner Hitlers? Quellenkritische Bemerkungen zu Ingo Haars Buch „Historiker im Nationalsozialismus“*, in: VfZ 49 (2001), S. 643–652.

⁴⁵ Winkler, *Hans Rothfels – ein Lobredner Hitlers?*, S. 643.

sche Neuordnung nach der Reife der Volkskräfte“. Ihm schwebte dabei ein multiethnisches Staatsgebilde habsburgischer Prägung vor. Die gestaltende Aufgabe lag in seinen Augen beim deutschen Volk, wobei er sich aber nachdrücklich gegen eine „gewalttätige Ausdehnungs- und Verdrängungspolitik“ wandte⁴⁶.

Als Rothfels' Aufsatz 1933 erschien, war in der Frage der nichtdeutschen Ethnien im Deutschen Reich schon eine Neuorientierung erfolgt, die besonders in Ostpreußen spürbar war. Die Nationalsozialisten hatten anderes im Sinn als die alten Protagonisten der Volks- und Kulturbodenkonzeption. Sie schalteten die Deutschtums- und Heimatverbände gleich und ebneten damit den Weg hin zu einer radikaleren Germanisierungspolitik durch den neu geschaffenen Bund Deutscher Osten (BDO). Außerdem trat eine neue Generation von Wissenschaftlern auf den Plan, die von den Lehrern des „Volks- und Kulturbodens“ geprägt, nun nicht nur beratend die Politik begleitete, sondern sich aktiv in den Dienst der NS-Ideologie stellte. Theodor Oberländer war der Prototyp des neuen, aktiv in die Masurenpolitik eingreifenden Wissenschaftlers. Neben seiner Tätigkeit als Leiter des Königsberger Instituts für osteuropäische Wirtschaft, durch dessen Gründung der Anspruch der Albertina als Grenzlanduniversität weiter gestärkt wurde, fungierte Oberländer auch als Bundesführer des BDO und als Gauamtsleiter für das Grenz- und Auslandsdeutschtum. Unter seiner Ägide erfuhr die Germanisierungspolitik in der Provinz eine radikale Dynamisierung.

Am 19./20. Dezember 1933 fand in Berlin die Gründungstagung der neuen „Nordostdeutschen Forschungsgemeinschaft“ (NOFG) statt, deren Vorsitz Albert Brackmann innehatte. Er war bereits 1920 mit einer im Auftrag des deutschen Reichskommissars für das Abstimmungsgebiet Masuren Wilhelm von Gayl durchgeführten Studie in Erscheinung getreten und somit durchaus mit der Region und seiner Bevölkerung vertraut⁴⁷. Johannes Papritz und Wolfgang Kohte führten die PUSTE in Berlin-Dahlem fort und bauten sie für die NOFG aus. Neben dem Vorsitzenden Brackmann zählten Hermann Aubin und Carl Engel zum Vorstand der NOFG; Carl Engel, ein Althistoriker, trat als akademischer Pionier der NS-Forschungskonzeption des „Masurgermanismus“ hervor. Als Mitglied des SS-Ahnenerbes dozierte er vor allem an den „Ordensburgen“ der NSDAP⁴⁸. Gebietsvertreter für Ostpreußen waren die Archivare Max Hein und Bruno Schumacher⁴⁹. Am 1. April 1936 wurde die NOFG in „Nord- und Ostdeutsche Forschungsgemeinschaft“ umbenannt⁵⁰.

Neben der PUSTE, die sich schwerpunktmäßig mit dem slawischen Osten befaßte und seit 1933 für das Außenpolitische Amt der NSDAP arbeitete, stand das

⁴⁶ Hans Rothfels, Das Problem des Nationalismus im Osten, in: Albert Brackmann (Hrsg.), Deutschland und Polen. Beiträge zu ihren geschichtlichen Beziehungen, Berlin 1933, S. 259–270, hier S. 269. Vgl. zu Rothfels auch die neue Publikation von Thomas Etzemüller, Sozialgeschichte als politische Geschichte. Werner Conze und die Neuorientierung der westdeutschen Geschichtswissenschaft nach 1945, München 2001, S. 24 f.

⁴⁷ Vgl. Fahlbusch, Die „Volksdeutschen Forschungsgemeinschaften“, S. 178 f.

⁴⁸ Ebenda, S. 184.

⁴⁹ Vgl. ebenda, S. 187.

⁵⁰ Vgl. ebenda, S. 202.

1927 als Filiale der Leipziger Stiftung gegründete Ostland-Institut in Danzig für die Analyse und Kontrolle der polnischen Forschung zur Verfügung. 1935 erfolgte die Einrichtung einer „Landesstelle Ostpreußen für Nachkriegsgeschichte“, die auf Vorschlag Oberländers von Theodor Schieder geleitet wurde⁵¹. Auf der zweiten Arbeitstagung der NOFG im ostpreußischen Kahlberg auf der Frischen Nehrung trafen im August 1934 alle Größen der deutschen „Ostforschung“ zusammen: Albert Brackmann, Manfred Laubert, Ludwig Petry, Erich Maschke, Max Hein, Erich Kayser, Walter Kuhn, Alfred Karasek, Reinhard Wittram, Hermann Aubin, Kurt Forstreuter, Hans-Adolf Seraphim, Johannes Papritz, Otto Hoetzsch, Theodor Oberländer, Werner Conze, Hans Mortensen und Theodor Schieder⁵². Auf der Tagesordnung standen vor allem die gemischtethnischen Grenzgebiete. Der Geograph Franz Anton Doubek hielt einen Vortrag über die „Mischzonen“ zwischen deutschem und polnischem Kulturraum. Dabei faßte er die Masuren, die Kaschuben, die „ermländischen und die evang. Südposener Polen“, die „Wasserpolen, die Slonzaken“ als „Kernpunkte aller Volkstumsfragen in der deutsch-polnischen Nachbarschaft“ zusammen. Allen schrieb er einen „noch labilen Volkstumscharakter“ zu⁵³. Die „Mischzonen labilen Volkstums“, deren Einwohnerzahl auf zwei bis drei Millionen geschätzt wurde, galten unter den Forschern „im Rahmen der ‚Umvolkung‘ als eindeutschungsfähig, als assimilierbar“. Dennoch operierte man auch mit dem Terminus „indifferente Zwischenschicht“⁵⁴.

Der Gebrauch derart schwammiger Begriffskonstruktionen belegt, daß man auch nach 1933 zunächst nicht genau wußte, wie mit den nichtdeutschen Ethnien auf dem Reichsgebiet zu verfahren sei. Allerdings stand immer weniger die subjektive Entscheidung – der „Wille“ in der Konzeption des Volks- und Kulturbodens – im Zentrum, und klar wurde auch, daß sich die NS-Masurenpolitik vor allem durch ihre Radikalität von früheren Konzeptionen unterschied. Sie konfrontierte die ethnischen Minderheiten mit einem klaren Entweder-Oder: vollständige Assimilierung oder die Brandmarkung als Feind des deutschen Volkes. Um den Assimilierungsprozeß zu forcieren und nach NS-Normen zu formen, schreckte man auch vor einer bewußten Verfälschung der masurischen Geschichte nicht zurück. Dabei offenbarte sich die Ungeduld der NS-Machthaber, die den seit der Wilhelminischen Zeit verfolgten Assimilierungsprozeß nun rasch und definitiv zum Abschluß bringen wollten. In der NS-Ideologie war kein Platz mehr für „Zwischenvölker“ und „Mischzonen labilen Volkstums“. Ethnische Minderheiten und Bevölkerungsgruppen sollten – dies war die Aufgabe der NOFG und ihrer affilierten Institutionen – lokalisiert werden. Dabei bediente man sich auch des Mittels, ganze Grup-

⁵¹ Wolfgang J. Mommsen geht davon aus, daß Schieder von Maschke ins Gespräch gebracht wurde. Vgl. Mommsen, Vom „Volkstumskampf“ zur nationalsozialistischen Vernichtungspolitik, S.189. Vgl. dazu BA Berlin, RMI, PUSTE R 153/1211, Theodor Oberländer VDA-Landesverband Ostpreußen an Albert Brackmann, Königsberg, 22. 2. 1934: „Ein Bekannter von mir, Dr. Schieder, der sein Doktor-Examen in Berlin mit summa cum laude gemacht hat, möchte gerne nach dem Osten kommen und sich hier in die Probleme einarbeiten.“

⁵² BA Berlin, RMI, PUSTE R 153/1279, Tagesordnung und Diskussion galten als vertraulich.

⁵³ BA Berlin, RMI, PUSTE R 153/1279, Vortrag Dr. Franz Doubek, Danzig, in Kahlberg.

⁵⁴ Fahlbusch, Die „Volksdeutschen Forschungsgemeinschaften“, S. 63.

pen nach den Vorgaben der Politik „unsichtbar“ zu machen, d.h. kartographisch und publizistisch nicht mehr in Erscheinung treten zu lassen⁵⁵.

Bis 1936/37 blieb die deutsche Forschung über Masuren noch mehrheitlich der Tradition des Volks- und Kulturbodens verhaftet, sie verschrieb sich aber ganz dem Nationalsozialismus und seiner vermeintlichen Kraft zur Neugestaltung der ethnischen Verhältnisse in Ostmitteleuropa. Daß die Masuren in sämtlichen Wahlen des Jahres 1932 auf eindrucksvolle Weise für die Partei Hitlers gestimmt hatten, wertete Erich Maschke als „ein eindeutiges Bekenntnis zum nationalsozialistischen Staat und seinem Führer. Sie [die Ergebnisse] beweisen, daß die Masuren ohne Rücksicht auf ihre sprachliche Zugehörigkeit ihre Staatsgesinnung, die einst dem alten preußischen Staate diene, auf den neuen Staat übertragen haben. Der Staat der Ordnung, der Zucht und Ehre, der Staat, der um die Not der Bauern weiß und zur endgültigen Abhilfe entschlossen ist, hat die Masuren zu seinen treuesten Anhängern gewonnen.“ In Maschkes Augen war das ethnische Spezifikum Masurens ein „Symbol der deutschen Aufgabe im Osten“⁵⁶. Für alle Forscher und Politiker bestand akuter Handlungsbedarf für eine ethnische „Flurbereinigung“, die ganz im nationalsozialistischen Sinne durchgeführt werden sollte.

Der NS-Staat setzte für die Forscher neue Normen, eine neue Ethik, die alles Vergangene in einem anderen Licht erscheinen ließ. Dabei verschwammen rasch auch die Konturen zwischen einem deutschstumsbezogenen Volkstumsbegriff und einer neuen biologisch-rassischen Ausrichtung. Der Nationalsozialismus negierte die auf demokratischen Entscheidungsprozessen – wie der Volksabstimmung von 1920 – beruhenden Willensbekundungen und forderte von den Masuren ein klares Bekenntnis zur deutschen „Volksgemeinschaft“. Auch nach Theodor Schieder erfuhr die Volksabstimmung von 1920 erst nach 1933 die wirkliche nationale Weihe:

„Von heute aus gesehen erscheint die Abstimmung in Ostpreußen wie alle ähnlichen Kämpfe der Nachkriegsjahre in Oberschlesien, Kärnten, Schleswig als Vorläufer einer neuen Volksgesinnung und Volksidee, wie sie jetzt die nationalsozialistische Revolution geschaffen und zum gültigen Gesetz für das deutsche Volk erhoben hat. Es ist nicht mehr das liberale Selbstbestimmungsrecht von 1919, das – wie die Erfahrung lehrt – doch nur zur Vergewaltigung von Volkstum durch die in der Mehrheit befindlichen Staatsvölker geführt hat.“⁵⁷

Aggressiver „Grenzlandkampf“

Obwohl die Masuren im Nationalsozialismus erstmals eine angeblich gleichberechtigte Rolle in der deutschen „Volksgemeinschaft“ einnahmen, waren ethnische Herkunft und polnisch-masurische Sprache zum Leidwesen der NS-Macht

⁵⁵ Haar, Historiker im Nationalsozialismus, S. 372.

⁵⁶ Erich Maschke, Die Masuren in Geschichte und Gegenwart, in: Ostland Nr. 36 (2. 9. 1933).

⁵⁷ Theodor Schieder, Zum 20. Jahrestag der Volksabstimmung in Ost- und Westpreußen, in: Masurischer Volkskalender 1940, S. 40–43, hier S. 43.

haber noch überall sichtbar. Daher entschloß sich der totalitäre Staat zu neuen Maßnahmen, die die aktive Partizipation von Forschern erforderlich machten. Dabei ging es aber nicht mehr, wie in der Weimarer Republik, um das Abhalten von Tagungen, sondern um einen aggressiven „Grenzlandkampf“. Äußeres Merkmal der politischen Neuausrichtung der nunmehr stärker als „Grenzland- und Volkstumspolitik“ deklarierten NS-Masurenpolitik war die Gleichschaltung der Deutschtums- und Heimatverbände. Max Worgitzki, langjähriger Vorsitzender des OHD und des Kulturvereins Masuren-Ermland, galt mehr als jeder andere als Repräsentant der überholten Volks- und Kulturbodentheorie, er schied am 14. März 1933 aus „gesundheitlichen Gründen“ aus dem Amt. Mit ihm ging eine ganze Generation von Deutschtumsfunktionären, die ihre vordringliche Aufgabe in der Abwehr polnischer Ansprüche auf Ostpreußen sahen, aufgrund ihrer preußischen Sozialisation aber einem biologischen Rassismus skeptisch gegenüberstanden. Neben Worgitzki legte der Gesamtvorstand am selben Tag seine Ämter nieder, um die „Entsendung von Nationalsozialisten“ vorzuschlagen⁵⁸. Am 27. Juni 1933 wurden beide Vereine in den neugeschaffenen Bund Deutscher Osten überführt⁵⁹. Obwohl viele Mitglieder der Heimatverbände die Weimarer Republik verachteten, galt ihre Organisationsstruktur der NSDAP als veraltet und von bürgerlichen Funktionären bestimmt.

Der BDO setzte vor allem auf die Kultur, um seine Germanisierungspolitik voranzutreiben. Mit den Mitteln eines totalitären Regimes, das jede Alters- und Berufsgruppe einzubeziehen verstand, gelang eine flächendeckende Massenmobilisierung. Deutsche Kulturarbeit in Masuren verstand der BDO als „Selbsteindeutschungsprozeß“, der die „Entfaltung eines lebendigen wertvollen deutschen Volkstums, das in Haus und Familie, in Dorfgemeinschaft und Stadt, im Heimatbezirk“ erfordere und die Erziehung zu „Grenzlandhaltung und volksgebundener Kulturhaltung“⁶⁰ verlange. Bereits im September 1933 fand eine „Heimat- und Führertagung“ des BDO in der Masurischen Volkshochschule Jablonken statt, an der sich neben dem BDO-Bundesführer Franz Lüdtké, der wenig später von Theodor Oberländer abgelöst wurde, auch zahlreiche Landräte und Kommunalbeamte beteiligten. Dabei unterstrich der Volkshochschulleiter den „Willen zur Subjektivität“ als Erziehungsmaxime der NS-Masurenpolitik⁶¹. Die radikale Neuausrichtung zeichnete sich auch auf der Tagung des Gesamtverbands der deutschen Geschichts- und Altertumsvereine in Königsberg im September 1933 ab, die besonders vom BDO unter dem Motto „Neuaufbau der deutschen Ostarbeit“ gestaltet wurde⁶².

⁵⁸ „Max Worgitzki scheidet von uns“, in: Unsere Heimat Nr. 7 (9. 4. 1933).

⁵⁹ „Umwandlung der südostpreußischen Deutschtumsorganisationen“, in: Unsere Heimat Nr. 13 (9. 7. 1933).

⁶⁰ „Deutsche Kulturarbeit in Masuren-Ermland als Aufgabe des Bundes Deutscher Osten“, in: Unsere Heimat Nr. 18 (24. 9. 1933).

⁶¹ „Heimat- und Führertagung des BDO im masurischen Volkshochschulheim Jablonken“, in: Ostland Nr. 39 (22. 9. 1933).

⁶² GStA PK, I.HA, Rep. 77, Titel 856, Nr. 299, Deutsche Volks- und Kulturbodenforschung im Osten 1930–34, Deutsche Allgemeine Zeitung Nr. 394 vom 10. 9. 1933: „Neuaufbau der deutschen Ostarbeit“.

Parallel dazu zeichnete sich in der Germanisierungspolitik immer stärker die Tendenz ab, die nichtdeutschen Ethnien in den preußischen Ostprovinzen zu marginalisieren bzw. überhaupt nicht mehr öffentlich zu erwähnen. Kurz vor Kriegsausbruch erließ die PUSTE in Abstimmung mit führenden Vertretern der deutschen Forschung folgende Richtlinien zur Behandlung der Masuren, Schlonsaken, Oberschlesier und Kaschuben:

„Es kann nur gesagt werden, daß keine von ihnen als polnisch bezeichnet werden darf und daß es ebenso unklug ist, ihre Gebräuche und ihre von der umgrenzenden Bevölkerung sich abhebende Haussprache als slawisch zu bezeichnen, überhaupt den Begriff slawisch mit ihnen in der Öffentlichkeit in Beziehung zu bringen. Es scheint ferner nicht angebracht, diese vier Bevölkerungsgruppen als Mischstämme oder ihre Sprache als Mischsprache zu bezeichnen, weil dadurch ein Minderwertigkeitsgefühl bei dem Einzelnen hervorgerufen werden kann, welches sich auf dem Weg zum Deutschbewußtsein als unüberwindliches Hindernis entgegenstellen kann“⁶³.

Wie bereits im Kaiserreich und in der Weimarer Republik hielt man auch im NS-Staat an der finanziellen „Förderung des Deutschtums in den östlichen Grenzgebieten“ fest. 1934 gab es Gelder für „Grenzlandstipendien“ zur „Heranbildung eines Führungsnachwuchses in den volkspolitisch gefährdeten Grenzgebieten“, für Büchereien in gemischtethnischen Grenzregionen, für den BDO und landsmannschaftliche Grenzlandverbände sowie die „Grenzgürtelarbeit“ der Hitlerjugend⁶⁴. Das von dem Germanisten Walther Ziesemer geleitete Königsberger Institut für Heimatforschung gab 1934 einen Band „Masurische Volkslieder“ heraus, der – unterstützt durch das Deutsche Volksliedarchiv sowie die Landesstelle Ostpreußen des Reichsbundes Volkstum und Heimat – keinen einzigen Hinweis auf die polnisch-slawischen Ursprünge des masurischen Liedgutes enthielt⁶⁵.

Eine besondere Rolle spielten die Ortsnamensänderungen. Zwar gab es bereits vor 1933 einzelne Umbenennungen, doch nach der NS-Machtergreifung sollte jeder nichtdeutsche Ortsname in Ostpreußen verschwinden. Damit setzte sich eine neue „masurgermanische“ Tendenz in der NS-Ideologie durch, die sich schließlich auch in der Forschung niederschlug und alle nichtdeutschen Spuren in der Geschichte Masurens zu eliminieren suchte. Diesem ideologischen Primat verpflichtet, nahm man bereits in den Jahren 1933 bis 1937 zahlreiche Umbenennungen vor.

⁶³ BA Berlin, PUSTE, R 153/280, Untersuchungen über die nichtdeutschen Bevölkerungsgruppen im Osten und Südosten, besonders über die Masuren, Kaschuben, Wenden, Oberschlesier und Schlonsaken 1939–1942, Berlin, 25. 8. 1939. Richtlinien zur Behandlung der Masuren-, Schlonsaken-, Oberschlesier- und Kaschuben-Frage.

⁶⁴ BA Berlin, RMI, 1591/alt R 16: 5607, Grenzlandfürsorge des Reiches und Preußens sowie Förderung des Deutschtums in den östlichen Grenzgebieten. „Entwurf zum Fondsbewirtschaftungsplan“. „Unterstützung besonderer kultureller Aufgaben im Interesse des Deutschtums“ für 1934.

⁶⁵ Vgl. Institut für Heimatforschung (Hrsg.), Masurische Volkslieder, Berlin/Leipzig 1934. Vgl. zum Institut für Heimatforschung auch Walther Ziesemer, Das Institut für Heimatforschung an der Universität Königsberg, in: Auslandsdeutsche Volksforschung 1 (1937), S. 459–465.

nungen vor. Doch erst mit dem Befehl des NSDAP-Gauleiters und Oberpräsidenten Erich Koch vom August 1937 begann die systematische und endgültige Umbenennungsaktion. Für ihre Vorbereitung setzte das Preußische Ministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung eine Expertenkommission unter Leitung von Ministerialrat Harmjanz zur „Verdeutschung fremdsprachiger Ortsnamen in Ostpreußen“ ein. Der ostpreußischen Kommission gehörten der Slawist Meyer (Königsberg), der Germanist Ziesemer (Königsberg), der Lektor Falkenhayn (Kenner der litauischen und preußischen Bezeichnungen) sowie Max Hein, Direktor des Königsberger Staatsarchivs, als „Kenner der dokumentarisch festzustellenden historischen Bezeichnungen aus der Ordenszeit“ an⁶⁶.

Historiker, Baltisten, Germanisten und Slawisten wirkten an der Umbenennung mit. Am 16. Juli 1938 fand die Aktion in Ostpreußen ihren Abschluß. In Masuren waren – je nach Landkreis – bis zu 70 Prozent aller historischen Ortsnamen von der Maßnahme betroffen, die auch vor jahrhundertlang gültigen Bezeichnungen nicht Halt machte. Damit nahm man der Landschaft die prägenden regional-spezifischen Namen nicht nur der Dörfer, sondern auch der Seen, Waldstücke und Fluren⁶⁷. In der Debatte um die „Ostforschung“ haben diese Maßnahmen bislang keine Erwähnung gefunden. Die neueren Forschungen konzentrieren sich primär auf die Organisationsstrukturen und die Vorbereitung für den Mord an den europäischen Juden, während die Auslöschung markanter regionaler Spezifika unbeachtet geblieben ist, obwohl auf dem Boden des Deutschen Reiches, auf einem Gebiet, das immer ein Kernbestandteil Preußens gewesen war, zahlreiche landschaftstypische Namen verschwanden, weil sie der „masurgermanischen“ NS-Ideologie entgegenstanden.

Die Wissenschaft bemühte sich, diese verhängnisvolle Aktion nachträglich zu rechtfertigen. Für sie war diese radikale Germanisierungsmaßnahme die logische Konsequenz eines natürlichen Assimilierungsprozesses. So stellte der Geograph Georg Pufjenter 1938 fest: „Die Verdeutschung Masurens war nichts anderes als ein Hineinwachsen des Masurentums in das Deutschtum, nicht aber eine Verdrängung des einen durch das andere. So sind auch die Orts- und Flußnamenänderungen zu verstehen, die besonders im Juli 1938 vorgenommen wurden. Dies ist keine Germanisierung, sondern ein entwicklungsgeschichtlicher Vorgang.“⁶⁸

Nach der Besetzung Polens gelangten die Ortsnamen noch einmal auf die Tagesordnung. Der nördliche Teil Masowiens wurde der Provinz Ostpreußen angegliedert, erhielt allerdings einen Sonderstatus, der der SS Himmlers freie

⁶⁶ BA Berlin, PUSTE, R 153/390, Erfassung slawischer Ortsnamen im deutschen Reichsgebiet und Pläne zur Umbenennung dieser Orte in deutsche Namen 1937, Reichsministerium und Preußisches Ministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung, Berlin, 24. 9. 1937. Darin: Oberpräsident Ostpreußen, Königsberg, 25. 8. 1937, betr.: Verdeutschung fremdsprachiger Namen in Ostpreußen, Bezug: Erlaß des Reichs- und Preußischen Minister des Innern vom 6. 7. 1937.

⁶⁷ Vgl. Kossert, *Preußen, Deutsche oder Polen?*, S. 246–249.

⁶⁸ Georg Pufjenter, *Die Masuren, ein deutscher Volksstamm*, in: *Geographischer Anzeiger* 23 (1938), S. 564–570.

Hand bei den gewaltsamen Umsiedlungsaktionen gab. Auf Grund einer Anweisung Hitlers fanden auch in diesen besetzten Gebieten Umbenennungen von Orten statt, an denen wiederum ostpreußische Historiker mitwirkten, wie aus dem Bericht über eine Besprechung im Königsberger Oberpräsidium am 30. Mai 1940 hervorgeht; neben dem Vertreter des Oberpräsidiums nahmen daran Staatsarchivrat Kurt Forstreuter, Max Hein sowie Oskar Eugen Kossmann teil. Da sich in diesem alten polnischen Gebiet überhaupt keine Anknüpfungspunkte für eine Umbenennung boten, sah man sich in der Kommission Eugen gezwungen, für den Regierungsbezirk Zichenau (Ciechanow) „viel [zu] phantasieren“⁶⁹. Auch die von Theodor Schieder geleitete Landesstelle Ostpreußen für Nachkriegsgeschichte erblickte seit der Eingliederung Nordmasowiens in die Provinz Ostpreußen eine ihrer „vordringlichsten Aufgaben“ darin, Forschungen über den Regierungsbezirk Zichenau und den Kreis Suwalki durchzuführen. Diese sollten jedoch nicht „um ihrer selbst unternommen werden, sondern den klaren Zweck haben, die neuen zu Ostpreußen geschlagenen Gebiete im allgemeinen geschichtlichen und politischen Bewußtsein zu verankern“ sowie für die „politischen und Verwaltungsbehörden nutzbares politisches und geschichtliches Material bereitstellen“⁷⁰. Dabei schlug Wolfgang Kohte, stellvertretender Leiter der Berliner PUSTE, in einem Entwurf vor, Werner Conze im Namen der Historischen Kommission für ost- und westpreußische Landesforschung mit der Abfassung einer „Geschichte Masowiens“ zu beauftragen. Es sei – so Kohte – für die Verwaltungsstellen im Regierungsbezirk Zichenau „von größtem Wert“, eine „genaue, von deutscher Seite abgefaßte Darlegung der geschichtlichen Entwicklung der Beziehungen dieses Gebiets zum Deutschen Reich zu besitzen“⁷¹.

Im Nationalsozialismus – so zeigt das Beispiel Masuren – stellte sich die Wissenschaft nicht nur in den Dienst der Machthaber, sie verstand sich selbst als ideologische Wissenschaft, die auch an der Verfolgung von Regimegegnern mitwirkte. So erstellten beispielsweise die NOFG und die PUSTE Gutachten für die Geheime Staatspolizei. 1937 übersetzte die PUSTE ein in Polen entstandenes maschinenschriftliches Manuskript über die „Geschichte des masurischen Volkes“. Obwohl der Autor des Manuskripts nicht explizit genannt wurde, war ziemlich klar, daß es sich um den deutschen Tierarzt Kurt Obitz handelte, der sich durch sein unter dem Motto „Masuren den Masuren“ stehendes Engagement für einen dritten Weg zwischen deutschem und polnischem Nationalismus bereits gegen Ende der Weimarer Republik unbeliebt gemacht hatte und nach massiven Protesten deutschnationaler und NS-naher Studentengruppen als Dozent an der Tierärztlichen Hochschule Berlin suspendiert worden war. Obitz hatte daraufhin,

⁶⁹ BA Berlin, PUSTE, R 153/797, Eindeutschungen, Betr.: Ortsnamensänderungen in den eingegliederten Ostgebieten. „Bericht über die Besprechung im Oberpräsidium Königsberg vom 30. Mai 1940“, Betr.: Ortsnamenänderungen in den neuen ostpreußischen Gebieten.

⁷⁰ BA Berlin, PUSTE, R 153/1196, Forschungsplan der Landesstelle Ostpreußen für Nachkriegsgeschichte zur wissenschaftlichen Arbeit über den Regierungsbezirk Zichenau und Kreis Suwalki.

⁷¹ BA Berlin, PUSTE, R 153/1081, Dr. Kohte „Handschriftlicher Entwurf“ PUSTE Berlin, Mai 1940, an Wehrkreismeldeamt 1 Königsberg, versehen mit dem Vermerk „geht nicht ab“.

obwohl er nie propolnische Sympathien hegte, um politisches Asyl in Polen nach-gesucht, wo er weiterhin für masurische Belange wirkte. Die PUSTE sollte nun im Auftrag des Innenministeriums sowie der Gestapo eine Stellungnahme über das Manuskript „vom historischen und nationalpolitischen Standpunkt“ anfertigen⁷². Begutachtet wurde es von zwei ostpreußischen Historikern, Hermann Gollub und Kurt Forstreuter. Gollub, zu diesem Zeitpunkt Archivbeamter in Breslau, hielt die Schrift „vom deutschen, nationalpolitischen Standpunkt“ aus für „ausgesprochen staatsfeindlich“. Im gleichen Tenor urteilte Forstreuter, der das Buch als „dilettantisches, aber gefährliches Machwerk“ bezeichnete⁷³. Solche Urteile über propolnische Funktionäre bzw. solche, die wie Obitz für ein autonomes Masuren plädierten, dienten nach der Besetzung Polens im September 1939 als Handhabe zur Verfolgung von „Renegaten“. So war es auch im konkreten Fall von Kurt Obitz, den die Gestapo am 8. Februar 1940 im besetzten Polen aufgriff. Nach seiner Inhaftierung und nachdem er die Annahme der „Deutschen Volksliste“ verweigert hatte, saß er bis zum Ende des Krieges im KZ Dachau ein. Kurz nach der Befreiung Dachaus durch die Amerikaner starb er 38-jährig an den Folgen der Lagerhaft⁷⁴.

Auch die Gutachten des BDO-Ostpreußen gingen direkt an die NSDAP und an die Gestapo. Für den evangelischen Laienprediger Reinhold Barcz, der in Ortelsburg die polnischsprachige christliche Zeitschrift „Głos Ewangelijny“ [Evangeliumsstimme] herausgab, hatte das fatale Folgen, da der BDO seit 1933 regelmäßig über seine Tätigkeit „im polnischen Dienste“ berichtete⁷⁵. Wie viele andere „Renegaten“ kam er nach 1939, als das NS-Regime keine Rücksichten mehr auf Polen zu nehmen brauchte, in das Gefängnis Berlin-Moabit, wo er 1942 enthaup-tet wurde.

Weitere Radikalisierung

Als es zu diesen fatalen Folgen kam, hatte sich längst auch ein neuer Forschungs-ansatz Bahn gebrochen, der für Masuren den endgültigen Abschied vom gemischtethnischen Kulturboden-Theorem und den Triumph eines biologischen Rassismus bedeutete. Es genügte nun nicht mehr – wie Volz und Penck in den zwanziger Jahren gemeint hatten –, die Vorstellung einer höherwertigen deutschen Kultur zu propagieren, die auch im slawischen Siedlungsgebiet maßgeblich werden sollte. Die neue „masurgermanische“ Forschungskonzeption ignorierte

⁷² BA Berlin, PUSTE, R 153/1396, Geschichte des masurischen Volkes. Reichsminister und Preußischer Innenminister Berlin, 5. 10. 1937. Vermerk: Vertraulich.

⁷³ BA Berlin, PUSTE, R 153/1396, Geschichte des masurischen Volkes. Gutachten Gollub [ohne Datum]. Gutachten Forstreuter an Papritz, Königsberg, 19. 11. 1937.

⁷⁴ Vgl. Tadeusz Oracki, Słownik biograficzny Warmii, Mazur i Powiśla XIX i XX wieku (do 1945 roku), Warszawa 1983, S. 234–245.

⁷⁵ Lagebericht der Untergruppe Ostpreußen Süd des Bundes Deutscher Osten für den Monat Oktober 1938, Allenstein, 3. 11. 1938, gez. Hans Tiska. Dokumentenanhang, in: Paweł Sowa, Tropem spadkobierców Hakaty. Antypolska działalność Bund Deutscher Osten na Warmii i Mazurach (1933–1939), Warszawa 1979, S.163–171.

den polnischen Anteil an der Geschichte Masurens und griff dabei auch zu den Mitteln der Neuinterpretation historischer Fakten und bewußter Fälschung. Auf diesem Wege wollte man nicht nur polnischen Gebietsansprüchen den Boden entziehen, sondern auch das leidige Thema polnischsprachiger Ethnien in Deutschland ein für alle Mal aus der Welt schaffen.

Mit den germanisierten Ortsnamen sollte jeder äußerliche Hinweis auf slawische Siedlungsspuren getilgt werden, zugleich sollte auch in den Geschichtsbüchern nichts mehr an das slawisch-polnische Erbe Masurens erinnern. Überall hielt der „Masurgermanismus“ Einzug. Einer seiner geistigen Protagonisten war Carl Engel, stellvertretender Vorsitzender der NOFG, der sich als Althistoriker komplett der NS-Ideologie verschrieb. Von ihm stammte der Gedanke, daß in Masuren durch die gotische Besiedlung bereits lange vor dem slawischen ein frühgermanischer Siedlungsraum existiert habe. Für Engel, der 1938 an der NSDAP-Ordensburg Vogelsang in der Eifel unterrichtete, erwuchs daraus ein konkreter Anspruch: „Als dann um die Wende unserer Zeitrechnung die Goten an der Weichsel landeten, haben sie nicht nur den germanischen Siedlungsraum nach Osten zu bedeutend erweitert, sondern zugleich die ganze preußische Kultur der gleichen Zeit sozusagen geradezu gotisch eingefärbt [...]“⁷⁶ Der Forschungsansatz wurde auf allen Ebenen der masurischen Regionalgeschichtsschreibung rezipiert. Nachweise über die vermeintlich deutsche Herkunft masurischer Familiennamen sollten das Germanische an Masuren unterstreichen. Dabei übersetzte ein Autor im BDO-eigenen „Masurischen Volkskalender“ die masurischen Namen Mlynarz in Müller sowie Kaczmarek in Krüger und sah folgenden Beweis erbracht: „Sie beweisen nämlich, daß die Bevölkerung Masurens ein echter deutscher Volksstamm war und ist, in dem von Anbeginn das deutsche Blute in einer Fülle pulsiert, deren erstaunlichen Umfang erst die rechte masurische Familiennamen-Kunde lehrt.“⁷⁷ Damit war natürlich der interpretatorischen Willkür Tür und Tor geöffnet. Da fast jeder Familienname, zumal wenn er eine Berufsbezeichnung enthält, in anderen Sprachen ein Äquivalent besitzt, hätte die polnische Seite ebenso jeden deutschen „Schmidt“ als „Kowalski“ reklamieren können.

Die „masurgermanische“ Neuinterpretation bezog sich auf alle Bereiche der masurischen Volkskultur. Noch wenige Jahre zuvor von der Architekturgeschichte als Bauernhäuser slawisch-polnischen Ursprungs ausgewiesen, boten dieselben Objekte nunmehr vielfache Anzeichen germanischer Siedlungsformen. Im Rahmen der NS-Frauenarbeit schuf man neue masurische Trachten und Muster, deren germanische Ursprünge unterstrichen wurden. Jeden regionalspezifischen Ansatz ignorierend, entstanden dabei Trachten, die in Masuren bis dahin völlig unbekannt gewesen waren⁷⁸. Die von der NS-Frauenführerin Berta Syttkus gelei-

⁷⁶ Carl Engel, Das Geheimnis der masurgermanischen Kultur, in: Masurischer Volkskalender 1938, S. 39 f.

⁷⁷ Johannes Zachau, Die deutsche Herkunft unserer Familiennamen in Masuren, in: Masurischer Volkskalender 1938, S. 57–60, hier S. 60.

⁷⁸ Vgl. Erna Koller, Flecht- und Webkunst in Südostpreußen, in: Masurischer Volkskalender 1938, S. 69–73.

tete Masurische Webschule in Jablonken verspürte dennoch „die Verpflichtung, deutsche Art und Wesen zu leben. Wir müssen überall deutsch schaffen, sollen nirgends eine Lücke lassen, nirgends einen Ansatzpunkt für undeutsches oder nur verwischtes Volkstum. [...] Wir nennen dieses bewußte und vertiefte Streben nach endgültigem Deutschtum Grenzlandkampf.“⁷⁹

Die Absurdität der „masurermanischen“ Traditionspflege erlebte nach 1945 eine Fortsetzung. In den ostpreußischen Vertriebenenverbänden, der Landsmannschaft Ostpreußen und den untergeordneten Kreisgemeinschaften setzte sich das in der NS-Zeit geschaffene „Ostpreußenkleid“ durch. Die NS-Terminologie blieb in vielen Dokumentationen der masurischen Vertriebenenverbände erhalten, vor allem in Darstellungen der Vor- und Frühgeschichte. Außerdem wurden grundsätzlich nur die in der NS-Zeit geänderten Ortsnamen verwendet, die nicht einmal sieben Jahre im offiziellen Gebrauch waren⁸⁰.

Aktiv beteiligte sich der BDO unter seinem engagierten Vorsitzenden Theodor Oberländer auch an der Eliminierung der polnisch-masurischen Sprache in Ostpreußen. In Verbindung mit dem Evangelischen Konsistorium erhob der BDO in allen Kirchspielen Masurens Statistiken über den Gebrauch der „masurischen“ Sprache in Gottesdiensten. Ziel dieser Erhebung war die Vorbereitung der endgültigen Verbannung der masurisch-polnischen Sprache aus dem öffentlichen Leben Masurens. Sehr zum Ärger der Deutschtumsfunktionäre und NS-Politiker erwies sich der kirchliche Bereich aber als letzte Bastion der muttersprachlichen Seelsorge, was auch nicht verwundert, sah sich der Protestantismus doch zur Verkündigung in der Muttersprache verpflichtet. Viele Pfarrer hatten zwar bereits im Kaiserreich die polnischsprachige Seelsorge einschränken wollen, letztlich blieben die evangelischen Kirchengemeinden aber doch die einzigen öffentlichen Orte, in denen polnisch gesprochen werden durfte. Der NSDAP in Ostpreußen, allen voran Theodor Oberländer und seinen BDO-Mitstreitern, war dieser Umstand ein Dorn im Auge. Mit Billigung des Allensteiner Regierungspräsidenten Karl Schmidt führte der BDO 1937 und 1938 zwei Zählungen polnischer Gottesdienste durch⁸¹. Doch erst nach der Besetzung Polens setzte die Gestapo die BDO-Empfehlung um und verbot am 24. November 1939 alle polnischsprachigen Gottesdienste in Masuren. Wenig später, am 13. Dezember 1939, wies auch das Evangelische Konsistorium als willfähiges Instrument des NS-Staates alle Gemeinden an, das Verbot zu akzeptieren, weil es meinte, daß „nunmehr die Zeit [...]“

⁷⁹ Berta Sytkus, Die Webschule des Bundes deutsches Mädel Jablonken, in: Masurischer Volkskalender 1938, S. 77–80, hier S. 78.

⁸⁰ Als Beispiel siehe Max Meyhöfer, Aus grauer Vorzeit, in: Ders./Victor v. Poser, Der Kreis Ortelsburg. Ein ostpreußisches Heimatbuch, Leer 1978, S. 49–59. Vgl. zu dieser Problematik ausführlicher Kossert, Masuren. Ostpreußens vergessener Süden, S. 375–379.

⁸¹ Ośrodek Badań Naukowych im. Wojciecha Kętrzyńskiego w Olsztynie (künftig: OBN), BDO, R-725/VII/3, März 1937, Verzeichnis der zweisprachigen Gemeinden in der Kirchenprovinz Ostpreußen. Vgl. auch dazu Kossert, Preußen, Deutsche oder Polen?, S. 238 ff.

gekommen“ sei, „die masurischen Gottesdienste allgemein abzuschaffen“⁸². Nach der Ausführung der Anordnung stellte der BDO zufrieden fest, daß „unter ein wenig erfreuliches Kapitel der Schlußstrich“ gezogen sei⁸³.

Damit endete eine sechshundertjährige polnischsprachige Tradition in Ostpreußen; die seit der Reformation in Preußen 1525 übliche evangelische Verkündigung in allen Sprachen des Landes gab es nun nicht mehr. Auch wenn diesen Maßnahmen langjährige Bestrebungen vorausgingen und sie nicht im Rampenlicht der Öffentlichkeit standen, hauptverantwortlich dafür war ein führender Vertreter der NS-Forschung und der herausragendste Vertreter ihrer „Grenzland- und Volkstumspolitik“, der BDO-Bundesführer Theodor Oberländer. Sein Biograph Philipp-Christian Wachs, der Oberländers Aktivitäten in der Kontinuität seines „aus Weimarer Zeiten geprägten Erfahrungshorizonts“ sieht und ihn nicht als „Vordenker der Vernichtung“ einschätzt, stellt dessen Aktivitäten im BDO mitunter verharmlosend dar⁸⁴. Nachdem Oberländer in den fünfziger und sechziger Jahren in das Zentrum einer heftigen politischen Kontroverse geriet, richtete sich die publizistische Aufmerksamkeit ausschließlich auf seine umstrittene Teilnahme an Verbrechen im Zweiten Weltkrieg, während seine Tätigkeit als BDO-Vorsitzender wenig Aufmerksamkeit fand; was Oberländer vor 1939 tat, erschien nur als die Ämterkumulation eines ambitionierten Wissenschaftlers auf der Karriereleiter nach oben. Ein Blick auf die rigide Germanisierungspolitik, die der BDO in Ostpreußen im Auftrag der NS-Führung bis 1939 betrieb, führt zu einem anderen Ergebnis: Der BDO ging mit großer Härte gegen äußere „Feinde“ vor. Schonungslose Bespitzelung „subversiver“ Tätigkeiten in Masuren bildete die Kernaufgabe des BDO. Seine Berichte über polnische Minderheitenvereine, den Gebrauch der polnischen Sprache sowie „Renegaten“ halfen der Gestapo, als sie ab September 1939 rücksichtslos die untergetauchten propolnischen Masuren verfolgte, in Konzentrationslager schickte und zum Tode verurteilte.

Nach der Besetzung Polens änderte sich die deutsche Masurenpolitik vollends. Nun ging man dazu über, Forschungen über Masuren, Kaschuben, Oberschlesier, Schlonsaken und Wenden „soweit wie möglich zu unterlassen“. Das Reichsinnenministerium verfügte 1940 in Zusammenarbeit mit dem BDO und dem Reichsministerium für Volksaufklärung, daß wissenschaftliche Forschungen zu diesen Gruppen „nicht oder nur in besonders begründeten Ausnahmefällen“ erfolgen sollten⁸⁵. Schließlich wurde ein Jahr später in einer Stellungnahme der NSDAP-

⁸² Evangelisches Zentralarchiv Berlin, 507/91/227 Turoschehn/Mittenheide, Verschiedene Angelegenheiten, insbes. Rundschreiben, Evangelisches Konsistorium Ostpreußen, Königsberg, 13. 12. 1939, Aktenzeichen G 1 6716.

⁸³ OBN, BDO, R-725/VII/6, 1940/41, BDO Bezirksverband Ostpreußen Süd, Allenstein, 11. 1. 1940, Hans Tiska an Regierungspräsidium, Gestapo, SD, BDO-Bundesleitung und Landrat v. Poser, „Betr. Auswirkung des Verbots der poln. und masurischen Gottesdienste. Verfügung der Staatspolizei vom 24. 11. 39“.

⁸⁴ Philipp-Christian Wachs, *Der Fall Theodor Oberländer (1905–1998). Ein Lehrstück deutscher Geschichte*, Frankfurt/New York 2000, S. 483 f. Vgl. zu Oberländers Königsberger Zeit S. 35–51.

⁸⁵ BA Berlin, PUSTE, R 153/537, Behandlung der Masuren, Schlonsaken, Oberschlesier, Wenden und Kaschuben in der Ostforschung, Reichsinnenministerium Berlin, 31. 12. 1940. Vorher

Gauleitung Ostpreußen zu dem „Volkspolitischen Bericht“ des Reichsinnenministers der Wunsch geäußert, daß die „Bezeichnung Masure als fremdvölkische Stempelung für den Bewohner eines Gebietes in Ostpreußen“ verschwinden solle⁸⁶.

Zusammenfassung

In der deutschen Forschung findet sich häufig die These, daß 1933 – wie Jörg Hackmann feststellte – keine „grundlegende Zäsur in der Entwicklung der Ostforschung“ eingetreten ist⁸⁷. Das trifft in vielfacher Hinsicht für den personellen Aspekt zu. Auch inhaltlich gibt es beträchtliche Kontinuitäten. Am Beispiel der nichtdeutschen Ethnien im Reichsgebiet läßt sich aber zeigen, daß es nach 1933 zu einer qualitativen Veränderung der Politik gegenüber diesen Gruppen und danach zu einer immer stärkeren Radikalisierung in der Germanisierungspolitik kam.

In Masuren bot sich den nach politischem Einfluß strebenden Vertretern der Ostforschung und der Deutschtumspolitik ein konkretes Operationsgebiet, wo sie – im Einklang mit der eigenen inneren Überzeugung – die letzten Überbleibsel des multiethnischen Preußen in ein homogenes Deutschtum einschmelzen wollten. Dieser engstirnige Nationalismus bedrohte schon seit der Gründung des Kaiserreiches alles, was slawisch war. Die Volks- und Kulturbodenforschung sah in der forcierten Germanisierungspolitik nach 1918 – vor allem nach dem prodeutschen Votum bei der Volksabstimmung 1920 – die Vollstreckung des „Willens“ der Masuren, die sich in der Volksabstimmung von 1920 eindeutig zum deutschen Reich bekannt hatten. Um aus Slawen – hier den Masuren – Deutsche zu machen, legte die deutsche Forschung große Flexibilität an den Tag. Als ihr führender Repräsentant in der Weimarer Republik feierte Hans Rothfels Ostpreußens ethnische Vielfalt als Sieg einer „Idee“ über den „Materialismus und Determinismus der Biologie“⁸⁸. Sein unfreiwilliges Ausscheiden aus der Wissenschaft 1934 stellte in der Tat eine Zäsur dar. Bis dahin standen sich zwei Nationsmodelle gegenüber, die von der deutschen Forschung je nach politischer Notwendigkeit opportunistisch gebraucht wurden.

Dabei handelte es sich bei der Kategorie des „Willens“ in der Volks- und Kulturbodentheorie nicht um den Ausdruck einer *volonté générale*. Vielmehr bildete der in der Weimarer Republik geformte Begriff eine Mischform, die sich sowohl bei den Konzepten der Staats- als auch der Kulturnation bediente. Sie unterschied sich deshalb von der westeuropäischen Interpretation der Staatsnation, weil der „Wille“ der Masuren, Deutsche zu sein, nur als Ergebnis einer langen

BDO an Reichsminister für Volksaufklärung und Reichsminister des Innern, Berlin, 11.12.1940.

⁸⁶ BA Berlin, PUSTE, R 153/547, Volkspolitische Lagebericht Nr. 1 des Reichsminister des Innern, Berlin, 3. 9. 1941. Stellungnahme der NSDAP-Gauleitung Ostpreußen.

⁸⁷ Hackmann, Ostpreußen und Westpreußen, S. 176.

⁸⁸ Hans Rothfels, *Bismarck und der Osten*, Darmstadt 1960, S.VII.

Entwicklung gewertet wurde und daher den Volks- und Kulturbodenforschern nicht ausreichte. Sie begnügten sich nicht mit einer voluntaristischen Loyalitätserklärung, wie es bei der Volksabstimmung 1920 der Fall gewesen war, sondern verlangten eine Festigung der deutschen Identität der Masuren und deren Assimilierung.

Der Staatsnation, die sich über die *volonté générale* definiert, kann die ethnische Abstammung ihrer Bürger relativ gleichgültig sein, solange sie gegenüber dem Gemeinwesen Loyalität beweisen. Auch das vornationale Preußen war eine Staatsnation, wenngleich es ältere Traditionslinien aufwies als die politisch bewußt konzipierte Staatsnation seit der Französischen Revolution. Die ethnische Minderheit der Masuren paßte also nicht nur in den vornationalen Staat Preußen, wo die Staatsräson der Maßstab der Loyalität war, sondern auch in das flexible Volks- und Kulturboden-Konzept Weimarer Prägung. Nach dem Modell einer Kulturnation, die auf ethnolinguistischen Determinanten basierte, waren die Masuren hingegen nicht, oder nur bedingt, zur deutschen Nation zu zählen.

Mit dieser nebulösen Terminologie hatte es in der NS-Zeit ein Ende. Das klare Entweder-Oder der Nationalsozialisten duldet keine Zwischenlösungen, keine graduellen Abstufungen in ethnisch gemischten Regionen. Mit dem „Masurgermanismus“ begann die endgültige Eliminierung aller polnisch-slawischer Spuren in Masuren. Obwohl personell und institutionell unzweifelhaft Kontinuitäten zu Weimar erkennbar sind, zeigt der Umgang mit nichtdeutschen Ethnien nach 1933, daß der Masurgermanismus kein direkter Ausfluß der alten Volks- und Kulturbodenforschung war. Max Worgitzkis Wirken war symptomatisch für die alte Politik mit ihrer antipolnischen Stoßrichtung, die auf die Assimilierung der Masuren zielte, aber dennoch fest in der Weimarer Verfassung verankert war. Sein Scheitern im „Grenz- und Volkstumskampf“ zeigt, wo die Grenzen für eine Revisionspolitik im verfassungsmäßigen Kontext lagen. Auch Worgitzki fiel schließlich dem radikalen Neuanfang der „kämpfenden“ Grenzwissenschaften zum Opfer, die rasche Erfolge vorweisen wollte. Dabei spielte die Ostforschung anders als in der Weimarer Republik nicht nur eine beratende Rolle. Ihre Protagonisten schalteten sich aktiv ein und schreckten auch vor der Eliminierung ethnisch nichtdeutscher Spuren nicht zurück; manche ihrer Gutachten und Stellungnahmen hatten verhängnisvolle Konsequenzen für vermeintliche „Renegaten“.

Mithin änderte sich nach 1933 nicht nur die Politik, sondern in ganz erheblichem Maß auch das Selbstverständnis der Wissenschaft. Es gewannen nun zunehmend jüngere Wissenschaftler die Oberhand, denen eine viel radikalere Germanisierungspolitik vorschwebte als ihren akademischen Vätern. Obwohl die Masuren in ihrer wirtschaftlichen und sozialen Not vor 1933 vor allem Hitlers Partei gewählt hatten und obwohl die NSDAP ihnen erstmals die volle Zugehörigkeit zur deutschen „Volksgemeinschaft“ in Aussicht gestellt hatte, paßten sie – so wie sie waren – nicht in das Bild des Nationalsozialismus; sie blieben in internen Berichten der NSDAP und des BDO Angehörige einer suspekten Minderheit. Ein vertrauliches Memorandum des BDO vom 5. Januar 1940 offenbarte, daß die NS-Machthaber die Masuren trotz offiziell anderslautender Bekundungen nicht als Deutsche betrachteten. Für sie war Masuren ein unberechenbares „fremdvölki-

ches Einbruchsgebiet“, dessen Bewohner „noch etwas Unfertiges und Unausgeglichenes“ besäßen. Sie seien, wenn überhaupt, als „Kulturdeutsche“, nicht aber als „Blutsdeutsche“ einzuschätzen und zeigten „Symptome einer wenig gefestigten völkischen Haltung“⁸⁹.

Mit den Masuren geriet letztlich eine apolitische ländliche Grenzbevölkerung in den Strudel eines radikalen Nationalismus. Ihre permanente politische Instrumentalisierung führte schließlich zu ihrem Untergang. Die Wissenschaft stand allein unter dem Primat der Politik. Die Unschärfe ihrer Begriffe und die Deutungskonflikte der deutschen Forschung belegen aber auch die Unsicherheit und die Schwierigkeit im Umgang mit der komplexen Thematik Masurens und mit der Einordnung dieser Minderheit in das Weltbild eines ethnisch homogen gedachten Nationalstaats.

⁸⁹ OBN, BDO, R-724/18, BDO-Bezirksverband Ostpreußen Süd, Memorandum, Hans Tiska an Regierungspräsident, Allenstein, 8. 2. 1940. Zugrunde lag ein Bericht des Ortelsburger Landrats von Poser vom 5. 1. 1940 und ein Gespräch mit ORR Leick, betr. Das sogenannte masurische Problem.